

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

9. Sitzung
19. Juni 2017

Beginn: 11.07 Uhr
Schluss: 14.11 Uhr
Vorsitz: Peter Trapp (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Angriff auf den deutschen Parlamentarismus:
Spionagetätigkeit des türkischen Geheimdienstes
gegen Abgeordnete ist ein unerträglicher Skandal
und muss sofort lückenlos aufgeklärt werden.**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0060](#)

InnSichO

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung – neu –

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Anschlag vom 19. Dezember 2016: Bericht über die
Arbeit der Taskforce und des Sonderermittlers**
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0085](#)

InnSichO

Vorsitzender Peter Trapp: Ich begrüße Herrn Jost und bitte ihn, sich zu platzieren. – Wer von den Regierungsfractionen wird begründen? – Herr Zimmermann!

Frank Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – In aller Kürze: Das ist ein Thema, das uns seit Langem beschäftigt. Wir hatten ja vor einiger Zeit beschlossen, dass wir es nicht mehr regelmäßig ohne Weiteres als Besprechungspunkt auf die Tagesordnung setzen, sondern konkret anmelden sollten. Das tun wir hiermit, um ein Update zu bekommen, wie die Arbeit der Taskforce bzw. des Sonderermittlers läuft, auch vor dem Hintergrund, dass wir uns in dem vor uns liegenden Einsetzungsantrag Untersuchungsausschuss auch versprochen haben, die etwaigen Erkenntnisse, die schon vorliegen, etwa durch den Sonderermittler, nicht zu ignorieren, sondern sie mit zu berücksichtigen. Die Besprechung heute dient auch dazu, einen aktuellen Stand zu bekommen.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Bevor ich es vergesse: Ein Wortprotokoll für diesen Tagesordnungspunkt, bitte! – Wer wird für den Senat berichten? – Herr Staatssekretär Akmann, bitte!

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich werde Ihnen jetzt etwas zum Stand der Taskforce sagen. In der letzten Sitzung des Innenausschusses hatte ich Ihnen mitgeteilt, dass wir eine Taskforce einrichten wollen. Das haben wir inzwischen gemacht, und zwar haben wir in der Polizei Berlin am 23. Mai 2017 eine Taskforce mit dem Namen „Lupe“ – „Lupe“ wie „genau hingucken“ – eingerichtet. Ziel dieser Taskforce ist die interne Aufklärung oder auch Aufarbeitung möglicher Versäumnisse und Fehler der Polizei Berlin im Fall Anis Amri, insbesondere innerhalb des Landeskriminalamtes. Dazu hatten wir letztes Mal ausgeführt.

Die Taskforce besteht aus drei Aufgabenbereichen. Zum einen übernimmt die Taskforce das gesamte Berichtswesen in diesem Bereich. Das heißt, sie trägt die Verantwortung für das gesamte Berichtswesen in Sachen Anis Amri unter Zuhilfenahme von Zulieferungen aus allen Bereichen der Gesamtbehörde. Dann überprüft die Taskforce den gesamten vorhandenen Vorgangsdatenbestand zu Anis Amri, und zwar im Vier-Augen-Prinzip, auf Vollständigkeit, auch zur Feststellung möglicher Versäumnisse bzw. Fehler. Dann agiert die Taskforce als zentrale Ansprechstelle für den Sonderbeauftragten des Senats, Herrn Jost. Es gibt also eine enge Zusammenarbeit zwischen Herrn Jost – die er vielleicht gleich auch noch mal darstellt – und der Taskforce. Die Taskforce wird dann – es wird offenbar einen Untersuchungsausschuss geben – auch eng mit dem Untersuchungsausschuss zusammenarbeiten bzw. für den Untersuchungsausschuss die Unterlagen aufbereiten.

Zweitens übernimmt die Taskforce derzeit eine retrograde Telekommunikationsüberwachungsauswertung, das heißt, sie überprüft alle TKÜ-Ermittlungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem entscheidenden Verfahren – das ist das Verfahren der Generalstaatsanwaltschaft Berlin zum Aktenzeichen 173 Js 12-16 zu dem Versuch der Beteiligung an einem Mord – und arbeitet sie auf. Hierzu wird auch ein Gesamtauswertungsbericht von der Taskforce erstellt. Ausgewertet werden in dem Kontext auch die entsprechenden Observationsberichte, über die wir Sie teilweise schon in Kenntnis gesetzt hatten.

Dann findet auch ein Abgleich mit den bisherigen Überprüfungsergebnissen des Stabs des LKA statt, der quasi bisher mit der Auswertung der Ermittlungsakten und der polizeilichen Unterlagen betraut war, um hier zu einem Vergleich zu kommen.

Drittens nimmt die Taskforce bereits eine Art Grundsatzarbeit vor. Es findet nämlich quasi eine Prüfung von möglichen Defiziten auch in den dienstlichen Verfahrensweisen statt.

Insgesamt arbeiten unter der Führung des Herrn Polizeipräsidenten derzeit 27 Dienstkräfte in dieser Taskforce. Damit wird nicht nur die Aufklärung des Senats in dieser Frage unterstrichen, sondern auch das eigene Aufklärungsinteresse der Polizei Berlin. – Herr Kandt könnte jetzt noch ergänzende, vertiefende Fragen beantworten, und auch Herr Golcher, der die Taskforce leitet und rechts neben mir sitzt, stünde noch für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Ich schlage vor, dass wir erst Herrn Jost hören, um das, was Sie vorgetragen haben, noch zu bestätigen. – Bitte, Herr Jost, Sie haben das Wort!

Bruno Jost (Sonderermittler des Senats im Fall Anis Amri): Herr Vorsitzender, vielen Dank! – Ich will ganz kurz einleitend sagen: Ich bin gehalten, zum 3. Juli einen Zwischenbericht vorzulegen. Dieser Zwischenbericht ist in Arbeit und wird auch rechtzeitig fertiggestellt werden. Deswegen würde ich mich jetzt, wenn Sie einverstanden sind, auf einige wesentliche Punkte beschränken, die sich seit meinem letzten mündlichen Bericht ergeben haben.

Zunächst mal eines: Ich hatte mir, als ich diesen Auftrag übernommen und mit meiner Arbeit begonnen habe, vorgestellt, verschiedene Themenschwerpunkte gleichmäßig abzuarbeiten. – Ich hatte das bei meinem ersten Auftreten hier geschildert. – Dieser Plan hat sich aufgrund der neuesten Entwicklung seit Mitte Mai nicht durchführen lassen. Ich habe deshalb – mit Einverständnis und Zustimmung des Senats – meine Recherchen seit Mitte Mai auf den Vorwurf der möglichen Aktenmanipulation beschränkt und alle weiteren Untersuchungen zunächst zurückgestellt.

Zum Erkenntnistand: Es steht seit 17. Mai der Verdacht im Raum, dass beim LKA 541 – oder beim LKA 5 – Akten manipuliert und möglicherweise auch rückdatiert worden seien. Dazu habe ich inzwischen eine ganze Reihe von Untersuchungen durchgeführt. Ich will es, pauschal zusammengefasst, so sagen: Der Eindruck, dass es hier zu Aktenmanipulationen gekommen ist, verfestigt sich – wobei man den Begriff „Manipulation“ definieren müsste. Aktenmanipulation im Sinne meiner Tätigkeit verstehe ich so, dass Aktenteile erstellt worden sind, die im Zeitpunkt ihrer Erstellung nicht den wahren und aktuellen Erkenntnisstand wiedergegeben haben, dass diese so erstellten Aktenteile nicht zu dem frühestmöglichen Zeitpunkt den Weg zur Staatsanwaltschaft gefunden haben und dass darüber hinaus möglicherweise auch noch eine Rückdatierung von Aktenteilen erfolgt ist. Das wäre aus meiner Sicht der Vorwurf der Manipulation. Und, wie gesagt: Er verfestigt sich.

Wir haben es, um es noch mal zusammenfassend zu sagen, bisher mit zwei Berichten zu tun, ich nenne sie immer den großen und den kleinen Bericht. Der große Bericht ist ein Bericht vom 1. November, der recht ausführlich ist und, unterlegt mit der Auswertung von insgesamt 73 Telefongesprächen, den Verdacht gegen Amri und zwei Freunde von ihm begründet, dass

die drei gemeinschaftlich und möglicherweise auch bandenmäßig, aber jedenfalls gewerbsmäßig Rauschgifthandel betrieben haben sollen. Dieser Bericht vom 1. November wurde am 4. November 2016 abgeschlossen und in POLIKS eingestellt.

Darüber hinaus gibt es einen kleinen Bericht, der zwar denselben Sachverhalt betrifft, aber das ganze Geschehen ungleich zurückhaltender – um es mal so auszudrücken – schildert. Es werden wesentlich weniger konkrete Handlungsabläufe geschildert. Die mutmaßlichen Tatbeteiligten Amris werden völlig unterschlagen, und es wird auch eine von dem großen Bericht drastisch abweichende rechtliche Bewertung des Geschehens vorgenommen. Dieser kleine Bericht fand erst am 19. Januar 2017 den Weg zur Staatsanwaltschaft. Der große Bericht ist nie aufgetaucht, jedenfalls nicht bis Mitte Mai, bis er aufgrund meiner Recherchen vorgelegt wurde.

Inzwischen hat sich noch etwas Neues ergeben. Mir wurde letzte Woche bekannt, dass es eine weitere Strafanzeige gibt, aber dieses Wort „Strafanzeige“ muss ich in Anführungszeichen setzen, weil ich nicht weiß, ob es wirklich eine Strafanzeige ist oder nur der Entwurf einer Strafanzeige sein sollte. Diese „Strafanzeige“ trägt das Datum 2. Januar 2017 und enthält im Grunde genommen genau das, was in dem großen Bericht an Sachverhalten zusammengetragen worden ist. Diese „Strafanzeige“ enthält insbesondere auch einen der beiden möglichen Mittäter Amris, namentlich identifiziert, und den zweiten mit dem damals bekannten Decknamen. Darüber hinaus ist das Tatgeschehen wesentlich plastischer geschildert, als es in dem kleinen Vermerk war. Es wird auch hier von einem gewerbsmäßigen und möglicherweise auch bandenmäßigen Rauschgifthandel ausgegangen, und damit entspricht diese „Strafanzeige“ – wenn es denn eine gewesen sein sollte – im Wesentlichen dem, was der große Bericht beinhaltet hat, und sie entspricht auch dem, was der Verfasser des kleinen Vermerks und der Verfasser dieser zweiten „Strafanzeige“ bereits in einem Schreiben an das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen vom September 2016 als weiteres Vorgehen des LKA angekündigt hatte, nämlich, ein Verfahren wegen gewerbsmäßigen Handels einleiten zu wollen.

Ich bitte um Nachsicht, dass ich dazu jetzt nicht mehr sagen kann. Die Untersuchungen dazu laufen noch. Wie gesagt, mir ist das Ganze erst letzten Dienstag oder Mittwoch bekannt geworden. Ich habe daraufhin einige Abklärungen veranlasst, deren Ergebnis mir noch nicht vorliegt. Aber der Sachverhalt als solcher, dass es nämlich diese zweite „Strafanzeige“ mit dem beschriebenen Inhalt gibt, steht fest – wobei – um noch mal auf den Charakter dieser „Strafanzeige“ zurückzukommen – dieses Dokument, das mir da bekannt geworden ist, den Quervermerk „Kein Originaldokument“ trägt. Ich weiß noch nicht genau, wie das zu erklären ist und was der Hintergrund dieses Dokumentes ist, aber es ist in der Welt, und ich bemühe mich darum, aufzuklären, was Grund und Hintergrund dieses Dokuments sein könnte. – Das ist das eine Wesentliche.

Das andere: Ich habe mich in den letzten Wochen sehr bemüht, mich mit POLIKS etwas vertraut zu machen. Das ist – aus meiner Sicht jedenfalls – eine relativ komplizierte Angelegenheit. Ich habe mich einer rund zweistündigen Schulung unterzogen, um wenigstens verstehen zu können, was da an Ausdrücken vorhanden ist, und auch verstehen zu können, was man aus diesen POLIKS-Ausdrücken ggf. ablesen kann. Auch zu dem Punkt werde ich mich – das kann ich Ihnen zusichern – im Rahmen des Zwischenberichts, der Ihnen rechtzeitig vorgelegt wird, ausgiebig äußern. – So viel im Augenblick zum Stand.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Jost! – Noch ergänzende Worte durch den Herrn Polizeipräsidenten, zur Taskforce?

Polizeipräsident Klaus Kandt: Es ist alles so weit schon gesagt worden. Die Taskforce hat die Arbeit aufgenommen. Die logistischen Vorbereitungen waren relativ umfangreich. Das ist so weit abgeschlossen. Wir haben den Arbeitsbereich, der die TKÜ-Auswertung vornimmt, jetzt so weit fertiggestellt, dass an dem System gearbeitet werden kann. Bei der Überprüfung der rund 116 312 TKÜ-Produkte werden zuerst die 7 685 Telefonate sowie die 10 192 SMS betrachtet. Die rund 91 000 Webverbindungen werden größtenteils nicht auswertbar sein, weil vielfach keine recherchierbaren Verknüpfungen mit dem TKÜ-System hinterlegt werden. Derzeit arbeiten vier Dolmetscher parallel an der Überprüfung der Übersetzungen. Vier Teams arbeiten die TKÜ auf, und ein Team fasst alle Informationen zusammen und schreibt dann den Auswertebereich.

Der Arbeitsbereich Grundsatz steht bereits kurz davor, zwei der insgesamt sieben Vorgänge abzuschließen. Diese Vorgänge sind wegen ihres geringen Umfangs einfacher zu kontrollieren als andere, bei denen die Überprüfung deutlich mehr Zeit in Anspruch nehmen wird. Hierbei handelt es sich um eine von Anis Amri begangene Körperverletzung auf dem Gelände des

LAGeSo in Berlin sowie um einen Vorgang gegen ihn wegen mittelbarer Falschbeurkundung nach erneuter Anmeldung als Asylbewerber in Berlin, beide jeweils unter Angabe von Alias-Personalien. Bei den zwei Vorgängen wurden bisher keine als schwerwiegend zu bewertenden Verstöße gegen die bestehenden Vorschriften zur Aktenklarheit festgestellt.

Ergänzen möchte ich noch: Wie Sie vielleicht aus den Medien erfahren haben, haben wir zusätzlich temporär eine Mordkommission zur Unterstützung des LKA 54 eingesetzt, um das momentan sehr hohe Arbeitsaufkommen bewältigen zu können.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Polizeipräsident! – Wir hatten, glaube ich, in einer der ersten Sitzungen die Videoaufnahmen erwähnt, die vom Abschnitt gegenüber der Fussilet-Moschee gemacht worden sind. Sind diese Videoaufnahmen auch bei der Auswertung dabei? Oder sind sie noch nicht ausgewertet?

Polizeipräsident Klaus Kandt: Zu den Videoaufnahmen muss ich noch mal Folgendes sagen: Es gab ja zwei Kameras, die dort waren, einmal vom Verfassungsschutz und einmal von uns. Wir haben immer wieder erklärt – obwohl das in den Medien dann konterkariert worden ist –, dass wir keine Videoüberwachung der Moschee gemacht haben, sondern dass die Kamera dazu diente, bei laufenden Observationen festzustellen, wann der Observierte im Bereich der Moschee war, sodass er dann technisch überwacht werden konnte und nicht durch Menschen, also Dienstkräfte des MEK, überwacht werden musste. Das war das Ziel. Es war niemals das Ziel, rund um die Uhr den Personenverkehr im Haus oder aus dem Haus heraus zu überwachen oder gar alle Personen zu identifizieren. Das muss ich der Klarheit halber wiederholen. Es hat Einzelauswertungen gegeben im Auftrag der Ermittlungen, die das BKA geführt hat, aber Ziel war nie eine Komplettauswertung dieser Videodaten. Das ist ein falscher Eindruck, der hier festsetzt wie Zement, wozu diese Kamera aufgestellt worden ist. Das ist einfach falsch. – Vielleicht kann Herrn Golcher hier noch etwas ergänzen.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Dann gebe ich Ihnen das Wort, Herr Golcher!

Dennis Golcher (Koordinator der Taskforce „Lupe“): Danke schön! – Ich habe dazu keine Ergänzungen. Wir betrachten die Observationsberichte, wir betrachten die TKÜ-Maßnahmen, versuchen, das Ganze ins Verhältnis zu stellen zu den Kriminalverfahren und schauen dann, ob es da Versäumnisse gibt und welcher Informationsstand wann vorhanden war. Jedenfalls haben wir uns nicht konkret mit Videoaufnahmen beschäftigt.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank für die Klarstellung! – Dann Herr Woldeit, bitte!

Karsten Woldeit (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Jost! Es zeigt sich einmal mehr, an den vergangenen Ausführungen und auch an den Ausführungen, die Sie heute gemacht haben, wie notwendig es war, einen Sonderermittler einzusetzen. Und es zeigt sich übrigens auch einmal mehr, wie notwendig es gewesen wäre, bereits frühzeitig einen Untersuchungsausschuss einzurichten und nicht erst – vermutlich – im September zur Konstituierung zu kommen. Das Taktieren und Verzögern, das nach wie vor vonstattengeht, halte ich für sehr fahrlässig. Mittlerweile ist es Ihnen ja gelungen, den Untersuchungsausschussvorsitz von der AfD wegzudrücken – durch einen kleinen Geschäftsordnungstrick, möchte ich mal sagen.

Was mich ein bisschen verwundert: Herr Staatssekretär Akmann hat ausgeführt, welche Arbeitsumfänge die sogenannte Taskforce „Lupe“ beinhaltet. Ich möchte es noch mal ganz kurz wiederholen: Die Taskforce beleuchtet das Berichtswesen, sie prüft den Datenbestand, sie macht einen Abgleich im jeweiligen Bereich des Stabs des LKA, prüft Defizite von Verfahrensweisen und macht eine erweiterte TKÜ-Auswertung. Sind das nicht Maßnahmen, die wir unmittelbar im Dezember hätten einleiten müssen, genau in dieser Art und Weise? Das Einzige, was hier komplett neu ist, ist der zentrale Ansprechpartner für den Sonderbeauftragten. Also noch mal: Es gab und gibt einen unglaublichen Zeitverzug, das will ich ganz deutlich ansprechen. Ich habe ebenfalls einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses eingebracht – unmittelbar. Den müssen wir übrigens nicht wieder bzw. mit Ihrem Kontraantrag in irgendeine Ausschüsse verschieben, sondern wir können am Donnerstag direkt abstimmen. Deswegen, weil wir jetzt ohnehin den Zwischenbericht des Sonderermittlers im Juli abwarten müssen, einfach nur mein dringender Appell: Gehen Sie in sich, und lassen Sie uns am Donnerstag unmittelbar die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beschließen! – Danke!

Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank! – Bitte, Herr Zimmermann!

Frank Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Das ist ja, Herr Woldeit, eine Folgefrage, die wir im Plenum und dann auch hier entscheiden müssen. Das ist nicht so sehr heute das Thema, aber es wird uns natürlich beschäftigen. Ganz wichtig ist, dass das, was Herr Jost ermittelt hat, hier rechtzeitig auf den Tisch kommt, damit wir es berücksichtigen können. Dagegen haben Sie sicherlich nichts, und ich bin froh, dass Herr Jost bereit ist, uns, bevor der Zwischenbericht am 3. Juli kommt, schon einen vorläufigen Zwischenbericht mit einigen Informationen zu geben. Das ist nicht ganz einfach, denn man muss den Abschluss von Ermittlungen abwarten und darf sich nicht voreilig auf irgendetwas festlegen. Gleichwohl hat er uns die gesicherten Erkenntnisse, die heute schon vorliegen, vorgetragen, und das ist auch der Weg, dass – Untersuchungsausschuss hin oder her – im Parlament, in diesem Innenausschuss, ein Update an Erkenntnissen kommt, die vorliegen und die wir zur Kenntnis kri-

gen. Insofern finde ich: Ihre Kritik am Verfahren ist nicht zwingend, sondern wir kriegen alle Infos, die nötig sind. – Ich danke sehr herzlich für diesen ersten Zwischenbericht, der schon einige Erhellungen, aber noch keinen wirklichen Abschluss geben kann.

Ich habe nur eine einzige Frage – ich weiß nicht, ob Sie die schon beantworten können. Könnte es sei, dass die Veränderungen des Vermerks möglicherweise nicht mit dem Ziel einer Manipulation vorgenommen wurden, sondern dass durch eine Neuauswertung der vielen TKÜ-Maßnahmen eine andere Erkenntnis gewonnen wurde – so wird manchmal gemutmaßt –, dass also bei der Auswertung der arabischsprachigen Konversation in einer zweiten Sichtung, in einer zweiten Überprüfung, möglicherweise andere Erkenntnisse gewonnen wurden, als sie ursprünglich Anfang November vorgelegen haben – also praktisch neue Erkenntnisse durch eine Überprüfung der alten Erkenntnisse und nicht unbedingt der Vorsatz der Manipulation? Können Sie jetzt schon ausschließen, dass es ein solches Motiv gegeben hat, das nicht als manipulativ angesehen werden kann, oder können Sie das noch nicht ausschließen? Arbeiten Sie daran, dies auch zu überprüfen?

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Ich bitte, darauf gleich zu antworten. – Herr Jost!

Bruno Jost (Sonderermittler des Senats im Fall Anis Amri): Ausschließen kann ich im Augenblick fast gar nichts. Der Eindruck ist so, dass es mir schwerfällt, eine Erklärung zu finden, die mich davon überzeugt, dass das Ganze einen sachlichen Hintergrund haben könnte, aber ich will es auch nicht ausschließen. Natürlich habe ich mir auch dazu Gedanken gemacht und mich gefragt, ob der kleine Bericht sozusagen die Korrektur des großen gewesen sein könnte, um es mal ganz kurz zu sagen. Das mag vielleicht in einen oder anderen Punkt denkbar erscheinen. Was mir allerdings bei allem Wohlwollen nicht plausibel erscheint, ist die Tatsache, dass zwei Tatbeteiligte – die nicht wegzudiskutieren sind; die sind dagewesen, die ergeben sich eindeutig aus der TKÜ – in dem zweiten Bericht vollständig unterschlagen werden. Dafür habe ich bisher noch keine Erklärung gefunden. Ich hoffe, dass sie vielleicht noch kommt. – Im Augenblick kann ich das nicht ausschließen, aber, wie gesagt, ich halte es im Augenblick nicht für sehr wahrscheinlich.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Dann hat Herr Dregger das Wort.

Burkard Dregger (CDU): Danke, Herr Vorsitzender! – Ich habe zwei Fragen, die erste zur neu aufgetauchten möglichen „Strafanzeige“ vom 2. Januar 2017, die Sie heute erwähnten: Wer hat sie gestellt? Wer ist der Urheber, und wie ist es zu erklären, dass man am 2. Januar 2017, also nach dem Attentat und nach dem Tod von Amri, eine Strafanzeige wegen Drogenhandels des Amri stellt? Gibt es dafür aus Ihrer Erfahrung eine logische Erklärung?

Der zweite Punkt ist: Sie haben berichtet, dass Sie sich jetzt schwerpunktmäßig um die Aufklärung der möglichen Manipulation kümmern. Dürfen wir davon ausgehen, dass Sie die weiteren Ermittlungsbereiche – zumindest nach Vorlage des Zwischenberichtes – auch aufzuklären versuchen, oder sehen Sie Ihren Auftrag jetzt darauf beschränkt? Ich vermute, Sie können jetzt noch nicht davon ausgehen, dass die Manipulation urheblich für den Terroranschlag gewesen ist oder in irgendeiner Weise in die Kausalkette eingegriffen hat. Wir als Parlament haben natürlich ein Aufklärungsinteresse, das über dieses Manipulationsthema hinausgeht, für den gesamten Ablauf vor dem Anschlag, während des Anschlages und danach. – Danke schön!

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte, Herr Jost!

Bruno Jost (Sonderermittler des Senats im Fall Anis Amri): Natürlich ist es meine Absicht und auch mein fester Plan, mich nach Erstellung des Zwischenberichtes und sobald diese Manipulationsvorwürfe einigermaßen abgeklärt sind – was ich hoffe bald tun zu können – auch wieder den anderen Themen zu widmen, die ich hier in der ersten Sitzung schon angesprochen habe. Ich halte es im Augenblick allerdings tatsächlich für vordringlich, erst mal diese Manipulationsvorwürfe zu klären. Aber, wie gesagt, es ist meine Absicht und mein Plan, auch die anderen Aspekte weiter zu prüfen und im Schlussbericht entsprechend zu behandeln und darzustellen. – Die Strafanzeige vom 2. Januar hat denselben Verfasser wie der kleine Bericht.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Jetzt hat Herr Luthe das Wort.

Marcel Luthe (FDP): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich überlege gerade, wie wir am besten anfangen, um einige Verwirrungen aufzulösen. Zunächst einmal: Ich hatte verstanden, dass der Innensenator Strafanzeige erstattet

hat wegen möglicher Strafvereitelung in dieser Sache. Wenn das so ist und in den vielen Stellungnahmen des Senats – wenn wir uns beispielsweise nach dem Ermittlungsverfahren gegen die Vizepolizeipräsidentin erkundigen – jeweils die Aussage kommt, es gebe ein laufendes Ermittlungsverfahren, deswegen nehme man dazu keine Stellung, wäre ich dankbar, wenn kurz erläutert werden könnte, warum in diesem laufenden Ermittlungsverfahren die Inhalte der Ermittlungen und dessen, was da passiert sein soll, von einer Person, die kein Staatsanwalt in Berlin ist, vorgestellt und im Ausschuss öffentlich diskutiert werden sollen; denn das dürfte eigentlich genauso wie in anderen Fällen die Ermittlungen stören.

Im Übrigen gibt es bekanntermaßen nach § 45 Beamtenstatusgesetz eine Fürsorgepflicht gegenüber den betroffenen Beamten, über deren mögliche Verfehlungen hier wild diskutiert wird, statt diese Sachen zunächst einmal ruhig zu klären. Ich frage mich, was die Intention ist, die der Senat mit diesem Thema verfolgt. Sie, lieber Herr Jost, hatten – so kenne ich Ihren Untersuchungsauftrag – den Auftrag, diese Sachen kurzfristig – meiner Erinnerung nach bis zum 15. Juli – aufzuarbeiten und einen Bericht zu den Hintergründen des Anschlags vorzulegen. Jetzt haben Sie erklärt, dass Sie seit etwas mehr als einem Monat ausschließlich mit dieser angeblichen Aktenmanipulation beschäftigt sind, bei der mir bis zum heutigen Tag nicht klar ist, wo da eigentlich was manipuliert sein soll. Ich nehme freudig zur Kenntnis, dass auch Sie sich jetzt mit POLIKS beschäftigt haben und ebenfalls, so wie ich, wissen, dass Sie aus der elektronischen Akte nichts entfernen können. Insofern frage ich mich auch da, wo eine Täuschung liegen soll.

Ungeachtet dessen: Sie haben erklärt, der große Bericht vom 1. November sei weggewesen. Weg ist ganz selten irgendetwas. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie erläutern könnten, wo denn dieser Bericht genau gewesen sein soll und warum er, wie Sie als Ihre eigene Erkenntnis präsentiert haben, nie irgendwo aufgetaucht sein soll. Herr Akmann hat am 23. Dezember hier erklärt, dass er sich alle Unterlagen, die bei der Polizei bzw. in der gesamten Innenverwaltung und in den nachgelagerten Behörden, also wohl auch beim Verfassungsschutz, vorhanden sind, am 23. Dezember hat zusammenstellen lassen. Insofern wäre ich Ihnen auch dankbar, wenn Sie erläutern könnten, ob aufgrund dieser Anordnung, alle Unterlagen am 23. Dezember zusammenzutragen, der Bericht vom 1. November tatsächlich nicht dabei gewesen ist und warum er nicht dabei gewesen ist – denn er war zumindest im elektronischen System, in POLIKS –, ob auch der Entwurf einer Strafanzeige vom 2. Januar 2017 – ich nehme an, dass die Anweisung nicht direkt am 23. Dezember ausgeführt worden sein wird, sondern ein paar Tage später – dabei gewesen ist und ob dieser denn wenigstens zur Kenntnis der Behördenleitung gelangt ist.

In diesem Zusammenhang meine ich im Übrigen, mich zu erinnern, dass wir im Rechtsausschuss diskutiert hatten, dass es ein Ermittlungsverfahren gab, das erst nach Amris Tod gegen einen Toten wegen Drogenhandels eingeleitet worden und dann natürlich eingestellt worden ist. Ich meine, mich zu erinnern, dass Herr Rother so etwas gesagt hat. Das kann eigentlich nur das Ermittlungsverfahren sein, das auf Grundlage dieses Entwurfs vom 2. Januar 2017 eingeleitet worden ist. Wenn das so ist, kann mir hier niemand sagen, dass man keine Kenntnis von dem Inhalt dieses Anzeigentwurfs hat, der wiederum Bezug auf den Vermerk vom 1. November nimmt.

Zuletzt noch einmal die Präzisierung: Wird Ihr eigentlicher Auftrag, der in dem Werkvertrag festgelegt ist, durch diese Sonderaufgabe der Prüfung, die Sie jetzt vorgenommen haben, ver-

zögert, oder sind wir weiterhin beim 15. Juli und beim 15. Oktober für den Abschlussbericht?
– Vielen Dank!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Wie auch bei den vorherigen Fragen der Abgeordneten kann Herr Jost direkt antworten.

Bruno Jost (Sonderermittler des Senats im Fall Anis Amri): Gern, Herr Vorsitzender! – Um mit dem großen Bericht zu beginnen: Dieser große Bericht war und ist meines Wissens in POLIKS eingestellt, spätestens seit dem 4. November. Nach dem, was ich inzwischen über POLIKS erfahren habe, wurde er an diesem Tag verdokumentiert – wie es dort heißt – und war dann für sonstige Personen nicht mehr abänderbar. Er war also dort vorhanden. Warum er vorher nicht entdeckt wurde, weiß ich nicht. Darum geht unter anderem auch mein Versuch, aufzuklären, wo sich dieser große Bericht befand bzw. warum er, nachdem er in POLIKS eingestellt worden war, nicht gefunden wurde. Das kann ich Ihnen im Augenblick nicht sagen; ich bin noch dabei, das aufzuklären.

Die Rolle dieser „Strafanzeige“ vom 2. Januar muss man etwas differenziert sehen. Ich habe vorhin gesagt, dass das möglicherweise keine Strafanzeige war, sondern vielleicht erst der Entwurf einer Strafanzeige; ich kann es noch nicht genau sagen. Aber es ist so: Der POLIKS-Vorgang war am 2. Januar noch nicht förmlich abgeschlossen durch den Vorgangsverantwortlichen. Das heißt, bis zu diesem Zeitpunkt konnte er POLIKS-Inhalte noch ändern, entfernen usw. Das war, so, wie es mir gesagt wurde und wie ich es verstanden habe, durchaus möglich, ohne dass das in POLIKS nachträglich erscheinen musste. Ich habe mich ausdrücklich noch mal danach erkundigt und die Auskunft erhalten, dass diese „Strafanzeige“ vom 2. Januar – man könnte so sagen – eine Art Momentaufnahme war bezogen auf den 2. Januar – was für mich impliziert, dass sich der Verfasser dieser Strafanzeige nachträglich eines anderen besonnen haben und diese „Anzeige“ wieder umgebaut haben könnte. Das will ich jedenfalls nicht ausschließen.

So stellt es sich für mich im Augenblick dar. Welche Schlüsse man daraus zieht, kann ich im Augenblick nicht beurteilen, also, ob er tatsächlich, wie es vorhin angeklungen ist, sich eines Besseren besonnen hat, sich noch mal das gesamte Erkenntnisaufkommen vor Augen geführt hat und dann zu dem Ergebnis gekommen ist: So, wie ich es ursprünglich mal gemeint habe, so schlimm war es doch nicht – oder ob andere Argumente dahinterstehen. Das weiß ich nicht. Ich weiß auch nicht, ob es überhaupt gelingen wird, das zu klären. Das könnte wahrscheinlich nur der Betreffende selbst klären, aber es scheint nicht der Fall zu sein, dass er das im Augenblick tun will. Das wird noch ein offener Punkt bleiben.

Zur Frage der Termineinhaltung: Ich gehe davon aus, dass die restlichen Themenbereiche trotz der jetzt konzentrierten Beschränkung auf diese Manipulationsvorwürfe durchaus fristgerecht und ordentlich abgearbeitet werden können und dass Sie zum 15. Oktober einen entsprechenden Schlussbericht vorfinden werden.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Herr Dr. Albers, Sie haben das Wort!

Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Vielen Dank! – Für mich erschließt sich einfach nicht, ich bin vielleicht zu schlicht: Da schreibt jemand einen Bericht. Er weiß – er ist ja ein erfahrener Beamter –, dass der Bericht nach dem 4. November nicht mehr verändert werden kann. Das

heißt, der Bericht ist dann für jedermann, der den Zugriff hat, einsehbar, und jeder, der den Zugriff haben will, kann damit arbeiten. Dann geht irgendjemand hin und schreibt einen weiteren Bericht, wohl wissend, dass der Manipulationsversuch jederzeit auffallen wird. Wie tollpatschig kann man eigentlich sein? Mir will das einfach nicht in den Sinn. Gibt es irgendwelche Hinweise darauf, dass versucht worden ist oder versucht worden sein könnte, den ersten Bericht zu beseitigen, zu relativieren oder im Nachhinein doch noch irgendwie zu verändern? Denn wenn ich etwas fälsche, kann ich doch das Original nicht im System lassen. Ich kann doch nicht so blauäugig sein und glauben, dass meine Manipulation in einer so brisanten Angelegenheit nicht auffällt, wenn das Dokument, das ich verändert habe, weiterhin jederzeit als Beweis dafür herangezogen werden kann, wahrscheinlich auch noch namentlich gezeichnet, dass ich etwas anderes gemacht habe als das, was da ursprünglich stand! Ich verstehe das nicht.

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte! Geben Sie ihm das Verständnis!

Bruno Jost (Sonderermittler des Senats im Fall Anis Amri): Ich kann da nicht zur vollständigen Aufklärung beitragen. Ich weiß auch nicht, was jemanden veranlassen könnte, das so zu tun, aber wie sich die Sachlage im Augenblick darstellt, scheint es tatsächlich so gewesen zu sein. Möglicherweise – ich habe es schon mal angesprochen, und von Ihnen wurde es auch angesprochen – hat sich der Verfasser des kleinen Berichts den großen Bericht noch mal vor Augen geführt und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass dieser doch nicht das enthält, was er letztlich für richtig hält, und hat deswegen vielleicht den kleinen Bericht verfasst. Aber, wie gesagt, das würde aus meiner Sicht immer noch nicht die Herausnahme von zwei Tatbeteiligten erklären. Dafür habe ich absolut keine Erklärung.

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte, Herr Lux! Sie haben das Wort.

Benedikt Lux (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Sonderbeauftragter, schon mal für diesen Moment! – Ich habe Fragen zu zwei Komplexen. Erstens: Sie haben vorhin gesagt, der Eindruck der Manipulation habe sich verfestigt. Ich bin dankbar, dass Sie hier eine organisationsrechtliche Definition von Manipulation wiedergegeben haben und weniger eine strafrechtliche, weil die Auseinandersetzung über die Strafbarkeit eines solchen Verhaltens meines Erachtens hier nicht stattfinden sollte. Aber das nur am Rande.

Sie haben dann gesagt, der lange Bericht habe nicht den frühestmöglichen Weg zur Staatsanwaltschaft gefunden. Könnten Sie das noch mal ausführen vor dem Hintergrund, dass es eine Reihe von TKÜ-Protokollen gab, mit denen man erst ab einem bestimmten Zeitpunkt zur Staatsanwaltschaft geht und sie dort vorträgt? Wann hätte der sein müssen, bzw. wie können Sie uns Ihren Schluss erklären, dass es nicht der frühestmögliche und damit nicht der richtige Zeitpunkt gewesen war, die Staatsanwaltschaft zu informieren?

Meine zweite Frage betrifft den Zeitraum zwischen dem sogenannten Entwurf einer Strafanzeige vom 2. Januar und dem kleinen Bericht. Gibt es Hinweise, dass darauf eingewirkt worden ist, dass dieser Entwurf einer Strafanzeige anderen zur Kenntnis gelangt ist, dass er diskutiert worden ist, dass er abgewogen worden ist? Denn das, was den Kollegen Albers beschäftigt, interessiert mich auch: Wie kann jemand, wissend, dass eigentlich alles dokumentiert wird, auf die Idee kommen, trotzdem etwas Neues anzulegen, und dabei zwei mutmaßliche Tatbeteiligte zu unterschlagen? Das haben wir letztes Mal andiskutiert, aber leider wenig fest,

insofern freue ich mich auf den Untersuchungsausschuss, der hoffentlich eine feste Einschätzung, eine Feststellung, treffen kann. Gab es denn einen Rücklauf, ein Gespräch, eine Kommunikation mit der Staatsanwaltschaft, wie seitens der Polizeiführung teils behauptet worden ist? Kann man aufgrund dessen sagen: Wir haben – nur als Beispielthese – die zwei Mittäter nicht weiter aufgeführt, weil der Nachweis zu schwierig zu führen gewesen wäre? – Das ist die eine Geschichte, die durchaus existiert, zur Entlastung, und die muss man sich ernsthaft vornehmen, dass der Nachweis der Tatbeteiligung zu dünn gewesen ist und insofern diese beiden möglichen Mittäter aus dem Bericht rausgeflogen sind. Oder ist das nur eine Schutzbehauptung, die sich die Person, die für den kleinen Bericht verantwortlich zeichnet, zurechtgelegt haben könnte?

Ich entnehme Ihrem Vortrag auch, aber bitte um Bestätigung, dass Sie nicht mit dem Unterzeichner, mit dem Verfasser des Berichtes sprechen konnten. Das war, als wir uns das letzte Mal hier gesehen haben, noch offen bzw. stand auf Ihrer Vorhabensliste, sich mit ihm zu unterhalten, auch über die Motivation zur Fertigstellung des kleinen Berichts, auf die es sehr wohl ankommt.

Letzte Frage: Liegen Ihnen nunmehr alle TKÜ-Protokolle – 78 waren es – im Original vor? Gibt es vielleicht stichprobenartig eine Überprüfung, ob die Übersetzung korrekt gewesen ist? Das stelle ich mir als sehr umfangreiche Arbeit vor, aber mit Blick auf den Untersuchungsausschuss wird es spätestens uns nicht erspart bleiben, hier noch mal alles gründlich nachzuvollziehen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Die Antwort erfolgt sofort?

Bruno Jost (Sonderermittler des Senats im Fall Anis Amri): Ja! – Um mit der letzten Frage zu beginnen: Diese 73 Protokolle liegen in einer Kurzauswertung vor, nicht im Original, aber wir haben von diesen 73 Protokollen, ich meine, 32 oder 33 stichprobenartig nachgeprüft und ausgewertet, weniger auf ihre sprachliche Richtigkeit – das können wir nicht –, aber wegen der Frage, ob die stichprobenartig überprüften Gespräche die Rückschlüsse auf ihren Inhalt, die in dem großen Bericht gezogen worden sind, rechtfertigen. Diesen Eindruck kann ich bestätigen. Nach dieser stichprobenartigen Überprüfung etwa der Hälfte der herangezogenen Protokolle halte ich die Bewertung eines gewerbsmäßigen Rauschgifthandels für vertretbar, im Sinne eines Anfangsverdachts auf jeden Fall. Zu diesem Ergebnis ist die Staatsanwaltschaft wohl auch bezüglich der Mittäter gekommen – darauf komme ich gleich noch zu sprechen –, die nach dem Tod Amris mit einem eigenen Verfahren bedacht wurden.

Sie haben recht: Ich habe mit dem Verfasser des kleinen Berichts nicht gesprochen, dafür aber mit dem Verfasser des großen Berichts. Mehr möchte ich dazu jetzt noch nicht sagen. Ich habe allerdings keinen Anhaltspunkt dafür gewonnen, dass auf den Verfasser des kleinen Berichts in irgendeiner Weise Einfluss ausgeübt worden sein könnte. Da hat sich überhaupt nichts ergeben. Ich weiß nicht – ich habe es schon gesagt –, was die Ursache für seine Änderungen gewesen sein könnte, aber Anhaltspunkte für eine Einflussnahme von dritter Seite habe ich nirgends gesehen.

Jetzt zum Zeitpunkt der möglichen Information der Staatsanwaltschaft: Da bin ich allerdings der Meinung, dass das längst hätte erfolgen können. Aus jetziger Sicht stellt sich der Ablauf so dar: Die Staatsanwaltschaft und das LKA Berlin hatten sich Mitte August 2016 zu einem

Gespräch getroffen, in dem es um die vorläufige Auswertung der damals vorliegenden TKÜ-Erkenntnisse ging. Man war der Meinung, weder die TKÜ- noch die Observationserkenntnisse hätten für den Vorwurf des Ursprungsverfahrens, nämlich dieser Verbrechensverabredung, nennenswerte Fortschritte erbracht. Aber es hatten sich Anhaltspunkte für Rauschgiftdelikte ergeben, und nun war man sich dahingehend einig, dass die bezüglich des möglichen Rauschgifthandels angefallenen Erkenntnisse vom LKA zusammengeschrieben, zusammen bewertet und dann mit einer Strafanzeige der Staatsanwaltschaft vorgelegt würden. Wie gesagt, das war Mitte August. Die Einstellung der TKÜ-Maßnahmen erfolgte meines Wissens am 15. September 2016, danach fiel nichts mehr an TKÜ-Protokollen an.

Nun ist es so: TKÜ-Protokolle sind generell schwer zu lesen und zu verstehen, erst recht, wenn sie in einer fremden Sprache sind und dann noch absichtlich verklausuliert und kryptisch abgefasst werden. Aber ich gehe davon aus, und der POLIKS-Eintrag bestätigt das auch, dass es dem Verfasser des großen Berichts innerhalb dieser Zeit, zwischen der Beendigung der TKÜ-Maßnahmen und der Abfassung des großen Berichts, 1. November, gelungen war, aus Sicht des Verfassers des Berichts ein schlüssiges Gesamtbild zu erstellen. Auf der Basis von 73 Gesprächen hat sich, wie gesagt, ein Gesamtbild ergeben. Der Verfasser des großen Berichts hat dazu auch eine rechtliche Bewertung vorgenommen in dem Sinne, dass gewerbs- und bandenmäßiges Handeltreiben vorliege. Ich lasse mal offen, ob das in allen Punkten so richtig und zutreffend war. Das ist letztlich auch nicht entscheidend, denn darüber muss die Staatsanwaltschaft entscheiden, aber das zeigt, dass der große Bericht spätestens nach dem 4. November, als er verdokumentiert wurde, mit den 73 TKÜ-Protokollen den Weg zur Staatsanwaltschaft hätte finden können und müssen. Ich habe jedenfalls bisher nichts gefunden, was dem entgegengestanden hätte. Die Frage ist jetzt, warum das nicht erfolgt ist.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Jetzt hat Herr Schrader das Wort.

Niklas Schrader (LINKE): Danke! – Ich habe auch zwei Fragen. Die erste schließt an die Frage an, was mit dem Eintrag in POLIKS passiert ist. Es wird relativ klar festgehalten, wer wann auf Einträge zugegriffen und sie wie geändert hat. Man kann sich wahrscheinlich relativ einfach eine Änderungshistorie herausziehen, aber müsste man darüber hinaus nicht IT-forensisch an die Sache herangehen und noch mal gucken, ob über die normale Dokumentation hinaus irgendetwas festzustellen ist? Deswegen meine Frage: Halten Sie das für nötig, und, wenn ja, hätten Sie dafür überhaupt die nötigen Experten an der Hand? Könnten Sie sich die heranholen, wenn Sie die bräuchten?

Die zweite Frage: Wir hatten in der letzten Sitzung, als Sie da waren, über das Thema Akteneinsicht und Aktenbeschaffung gesprochen. Sie hatten gesagt, Sie könnten noch nicht so richtig absehen, wie viel Sie bekommen von welcher Stelle und wo es schwierig wird. Da hatten sich schon erste Probleme abgezeichnet, insbesondere bei den Staatsanwaltschaften. Sie werden uns zu Ihrem Zwischenbericht eine Übersicht geben, wo es geklappt hat und wo nicht. Dem will ich jetzt nicht vollständig vorgreifen, aber können Sie vielleicht schon sagen, ob sich ein Trend abzeichnet, ob es gut läuft oder allgemein eher schlecht und welche Bilanz Sie bis jetzt ziehen können? – Danke!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Auch hier wieder die direkte Antwort.

Bruno Jost (Sonderermittler des Senats im Fall Anis Amri): Ich habe es vorhin schon gesagt: POLIKS ist eine relativ komplizierte Angelegenheit. Für mich war das ein Buch mit sieben Siegeln. Inzwischen sind es, glaube ich, nur noch zwei Siegel. Es ist wirklich sehr schwierig zu verstehen. Ich habe mir das von einer Mitarbeiterin der Polizei erklären lassen, die mir als Pöpstin im Bereich des POLIKS vorgestellt wurde und bei der ich auch den Eindruck hatte, dass sie wirklich top informiert ist. Ich habe selten eine Veranstaltung erlebt, die für mich so informativ war wie diese. Ich meine, aus dieser Veranstaltung etwas mitgenommen zu haben, was zu meinem besseren Verständnis des ganzen Geschehens beigetragen hat. Ich will nicht ausschließen, dass noch Nachfragen erforderlich wären, aber ich habe keinen Zweifel daran, dass die Mitarbeiterin der Polizei, soweit ich das überhaupt überblicken kann, durchaus kompetent ist, das zu erklären und zu vermitteln. Ich habe auch keinen Zweifel daran, dass diese Mitarbeiterin diesen Sachverhalt fair und objektiv schildern wird. Jedenfalls hatte ich einen absolut positiven Eindruck.

Das Zweite, die Akteneinsichtersuchen: Die sind, würde ich sagen, aus jetziger Sicht weitgehend abgearbeitet, ganz überwiegend positiv. Es gab aus meiner Erinnerung, glaube ich, bisher zwei Fälle, in denen die Akteneinsicht vollständig verweigert wurde, allerdings, muss ich dazu sagen, nicht unbegründet. Es ist dieses Problem, das ich auch in einer der letzten Sitzungen schon mal angesprochen hatte: Die Regeln für die Einsicht in staatsanwaltschaftliche Akten sind nun mal sehr eng. Ich kann die Kollegen, die mir die Akteneinsicht aufgrund dieser Regeln nicht gewähren, durchaus verstehen. Man muss auch unterscheiden zwischen meinen Ersuchen an die Berliner Staatsanwaltschaften, also Generalstaatsanwaltschaft und Staatsanwaltschaft beim Landgericht – da habe ich eine etwas andere Stellung –, und etwa an die Staatsanwaltschaft Freiburg oder Ravensburg. Wie gesagt, zwei Akteneinsichtersuchen stehen mir im Augenblick noch aus. Ich habe aufgrund entsprechender Ablehnungsschreiben dieser beiden Staatsanwaltschaften, die es bisher betrifft, noch mal mit freundlichen Worten remonstriert und auf die Situation, auf meine Stellung und darauf hingewiesen, dass ich nicht nur als Privatmann tätig bin, sondern in einer Zwitterstellung. Darauf habe ich bis jetzt noch keine Reaktion erhalten, aber ich bin optimistisch, dass da auch noch eine Klärung erfolgt. Wenn es nicht in Form der Akteneinsicht ist, dann vielleicht in Form eines qualifizierten Aktenauskunftersuchens. Das habe ich in einem anderen Fall auch schon so gehandhabt. Da habe ich der Staatsanwaltschaft entsprechende Fragen gestellt, und die hat sie beantwortet. Das ist im Grunde genommen das Gleiche in Grün.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Bitte, Herr Woldeit!

Karsten Woldeit (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir diskutieren die gesamte Zeit bei diesem Besprechungspunkt fast ausschließlich über einen vermeintlichen Fälschungsversuch eines Aktenvermerkes im Bereich von zwei Berichten. Ich glaube, das ist für diesen Besprechungspunkt total verfehlt, denn: Erstens gab es diesen sogenannten großen Bericht in POLIKS, nicht veränderbar, vergleichbar mit einem PDF-Dokument, das ist dann da drin. Das ist die gesamte Einschätzung eines gesamten Vorganges. Und es gibt einen kleinen Bericht – der übrigens auch in Papierform vorlag, wenn ich es richtig verstanden habe –, der eine andere Bewertung hat. Herr Jost hat es vorhin mehr als einmal gesagt. Zum einen ist eine TKÜ-Auswertung sehr schwierig. Auch wenn zwei Deutschsprachige miteinander kommunizieren, werden sie nicht sagen: Ich verkaufe jetzt gerade 15 Kilo Kokain in der Nebenstraße gegenüber. – Wenn ich das dann auch noch in einer arabischen Sprache habe oder in verschiedenen Dialekten, wird es noch schwieriger. Es ist aus meiner Sicht überhaupt nicht unwahrscheinlich, dass zwei unterschiedliche Oberkommissare zu einer unterschiedlichen Einschätzung kommen, dass der eine im Rahmen der TKÜ eine Mittäterschaft sieht und der andere eventuell nicht. Und dass dem Kommissariatsleiter ein zusammengefasster Bericht vorgelegt wird und er sich nicht die 78-Seiten-Akte reinziehen muss – auch das ist nicht ungewöhnlich.

Aber hier in der Situation ist ungewöhnlich, dass im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens – das übrigens Herrn Senator Geisel anzulasten ist; das wäre, das ist immer noch meine Bewertung, in der Art und Weise gar nicht nötig gewesen, weil eventuell auch in einem einfachen Disziplinarverfahren hätte geregelt werden können, welche Versäumnisse es dort gibt – der Sonderermittler im Schwerpunkt mit den Ermittlungen gegenüber zwei Oberkommissaren beschäftigt wird. Das ist doch nicht Sinn und Zweck der Geschichte. Wichtiger wäre es, auch im Rahmen der Taskforce, zu prüfen: Wie waren die Schwierigkeiten mit LKA 5/Staatschutz – Amri Gefährder, Terrorist eventuell? – oder LKA 4 – BtM-Handel organisiert oder nicht –? Unter dem Strich – das habe ich auch schon deutlich gemacht – ist es in der Rückbetrachtung des Terroranschlages vollkommen unerheblich, ob Anis Amri ein kleiner, mittlerer oder etwas größerer Drogendealer war. Noch einmal: Er war bereits in Abschiebehaft und ist entlassen worden. Dementsprechend ist es vollkommen irrelevant, wie eine Bewertung im Rahmen des LKA 4 gefällt wurde, zumal es auch eine Bewertung des LKA 5 gegeben hat. – Danke!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Dann hat Herr Lux das Wort.

Benedikt Lux (GRÜNE): Wann haben denn auf Grundlage Ihrer Recherchen der Staatsanwaltschaft der große Vermerk oder die Inhalte der TKÜ gegen Amri entscheidungsreif als wesentliches Ergebnis der Ermittlungen – wenn ich das mal so als Strafverteidiger fragen darf – vorgelegen? Wann war der große Bericht so zusammengefasst, dass er, verständlich für die Staatsanwaltschaft, zum Abschluss oder zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens hätte taugen können?

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte schön, Herr Jost!

Bruno Jost (Sonderermittler des Senats im Fall Anis Amri): Nach meinem Wissen überhaupt nicht. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Sehr interessant!] –

Vorsitzender Peter Trapp: Noch eine Nachfrage?

Benedikt Lux (GRÜNE): An Herrn Jost nicht, Herr Vorsitzender!

Vorsitzender Peter Trapp: Wir kriegen ja den Untersuchungsausschuss. – Ich bedanke mich bei Herrn Jost und Herrn Golcher von der Taskforce für die Informationen. Das wird nicht die letzte Sitzung zu diesem Thema sein. Deshalb vertagen wir und warten ab, was zum Untersuchungsausschuss entschieden wird.

Punkt 3 der Tagesordnung – neu –

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Die Umsetzung der Polizeistrukturereform an der
Polizeiakademie im mittleren Polizeivollzugsdienst
anhand der neuen Ausbildungsschwerpunkte**
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0082](#)
InnSichO

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung – neu –

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Gewalttätige Übergriffe auf Polizisten in der Rigaer
Straße**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0084](#)
InnSichO

Vorsitzender Peter Trapp: Zur Begründung – bitte, Herr Wansner!

Kurt Wansner (CDU): Herr Innensenator! Ich glaube, ich muss die Problematik Rigaer Straße hier nicht groß und breit erklären. Ich war am Wochenende mehrere Male in dieser Straße und habe mich gestern Mittag mit Anwohnern in der Rigaer Straße getroffen. Was mich da erschütterte, war: Sie waren nicht bereit, sich in diesem Bereich zu treffen, und wir mussten sehr weit von der Rigaer Straße weggehen, um gemeinsam miteinander einen gewissen Meinungsaustausch zu bekommen. Das heißt, die Ängste, die es in der Rigaer Straße bei den Anwohnern gibt, und die Probleme haben sich seit einem guten halben Jahr, seitdem Sie Innensenator sind, dort vor Ort verschärft. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Vorsicht! Unverschämt!] – Die Äußerung von Frau Bayram, wenn Henkel weg sei, komme es zur Ruhe in der Rigaer Straße, ist nicht eingetreten. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Nur parteipolitisch! Sie haben überhaupt kein Lösungsinteresse! – Marcel Luthe (FDP): Herr Vorsitzender! Ich verstehe Herrn Wansner nicht!] –

Vorsitzender Peter Trapp: Lassen Sie Herrn Wansner doch bitte ausreden!

Kurt Wansner (CDU): Das, lieber Herr Kollege, sind Aussagen, die Frau Bayram im Ausschuss offen getroffen hat. – Gehen wir doch einfach weiter. – [Zurufe von Hakan Taş (LINKE) und Benedikt Lux (GRÜNE)] – Ich freue mich immer, wenn die Grünen ein bisschen unruhig werden.

Vorsitzender Peter Trapp: Herr Wansner hat das Wort. Ich bitte um Disziplin. – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)] –

Kurt Wansner (CDU): Es ist nicht mehr zu akzeptieren, dass in der Rigaer Straße das Unrecht mehr oder weniger das Sagen hat. Es geht nicht, dass Schwerstkriminelle sich Straßenzüge untereinander aufteilen und in diesen Straßenzügen eine Kriminalitätsbelastung ausüben, die den Menschen in der Stadt und insbesondere in meinem Bezirk nicht mehr zuzumuten ist. Es geht nicht, dass in den umliegenden Straßen diese Diktatur der Meinungsmache dieser Schwerstkriminellen weitergeht. Ich fordere Sie hier im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses auf, die Probleme in der Rigaer Straße endlich wenigstens im Ansatz anzugehen. Es geht nicht, dass Sie politisch abtauchen und der Meinung sind, Ihre politischen Freunde, die vor Ort ständig aktiv sind, würden irgendwelche Probleme klären. Es ist wirklich an der Zeit, Herr Innensenator: Es muss Schluss gemacht werden mit diesen Belastungen in diesen Straßenzügen.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Jetzt hat der Herr Senator das Wort.

Senator Andreas Geisel (SenInnDS): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor wir zur konkreten aktuellen Situation in der Rigaer Straße 94 kommen, würde ich gerne vorab noch einige klarstellende Bemerkungen machen. Zunächst einmal zur Rechtslage: Ich habe heute in einer großen Berliner Tageszeitung gelesen, die Rigaer Straße 94 sei seit mehr als 20 Jahren besetzt. Das ist falsch. Die Rechtslage ist leider komplizierter. Wir haben 29 Wohnungen, die unbefristet vermietet sind und auch nicht gekündigt wurden durch den Eigentümer. Wir haben in dem Gebäude ein Hinterhaus mit sechs Wohnungen, die eigentlich nicht bewohnt sind, aber offenbar bewohnt werden, und wir haben die „Kadterschmiede“ – das sind ebenfalls Räumlichkeiten in diesem Gebäude, die als Veranstaltungsraum etc. genutzt werden –, die gegenwärtig einem Verfahren unterliegt, in dem eine Räumungsklage erhoben wurde. Aber die 29 Wohnungen – ich wiederhole das noch mal – haben unbefristete Mietverträge, die ungekündigt sind. Weil ich in der vergangenen Woche so etwas wie „ausräuchern“ etc. gehört habe: Die Polizei verhält sich rechtskonform. Wir brechen nicht in Wohnhäuser ein. – [Beifall bei den GRÜNEN – Canan Bayram (GRÜNE): Nicht mehr!] – Das macht es schwieriger, als man es manchmal haben möchte. – Das als Rahmen der Gesamtsituation.

Dann müssen Sie, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Rigaer Straße 94, insgesamt das Gebiet um die Rigaer Straße, zu einem Synonym für linksextremistische Auseinandersetzungen mit dem Staat geworden ist. Ich kann das deshalb sagen, weil unter den Festgenommenen bei den Auseinandersetzungen der vergangenen Tage keine Bewohner der Rigaer Straße 94 waren, sondern Bürgerinnen und Bürger anderer Bundesländer, und zwar weit von uns entfernt liegender Bundesländer, sodass wir davon ausgehen müssen, dass so eine Art Extremismustourismus, Gewalttourismus stattfindet, der sich in der Rigaer Straße austobt, der dort eskaliert – was zu beklagen ist; dazu komme ich gleich. Der Polizeipräsident hat es vorhin ausgeführt. Die Rigaer Straße 94 ist als Gebäude, als Ort ein Synonym. Sie ist auch Rückzugsort. Deshalb müssen wir darüber reden, wie wir Straftäter in die Rigaer Straße 94 verfolgen können, was uns durch das Eingangstor im Moment verwehrt ist. Eine schnelle Lösung auf polizeiliche Art und Weise steht dort nicht an, kann dort aufgrund der geltenden Rechtslage nicht anstehen.

Ich habe in den vergangenen Wochen und Monaten in der Frage schon zahlreiche Gespräche geführt. Mit der Bezirksbürgermeisterin Frau Herrmann ist vereinbart, dass sie in den nächsten Tagen einen Dialogprozess vor Ort in der Rigaer Straße, in dem Stadtgebiet, beginnt und dass dieser Dialogprozess vonseiten des Senates, von Frau Lompscher, der Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, begleitet wird, weil wir in der Tat einen Umbruchprozess in diesem Stadtgebiet haben, der von den bisherigen Bewohnerinnen und Bewohnern heftig kritisiert wird. Wenn wir uns die Gegend um die Rigaer Straße anschauen, stellen wir fest, dass in den vergangenen vier bis fünf Jahren dort geradezu eine Umwälzung der Bevölkerung stattgefunden hat. Wir haben allein zwanzig Wohnungsbauprojekte genau in diesem Stadtgebiet, die im Wesentlichen auf die Errichtung von hochpreisigen Eigentumswohnungen orientiert sind und dafür sorgen, dass es dort eine deutliche Veränderung der Bevölkerungsstruktur gibt. Darüber muss geredet werden. Daraus resultiert gegebenenfalls auch eine gewisse Solidarität unter den Anwohnern dieses Stadtteils mit diesen Gewaltexzessen, die wir dort feststellen. Vorgestern hat es durchaus Zuschauer gegeben, die Applaus geklatscht haben. Es ist auch festzustellen, dass Aktionen der Polizei verraten werden und insofern die Erfolge der Aktionen der Polizei eingeschränkt sind. Es muss politisch darum gehen, die Frage der Gentrifizierungsprozesse und die Frage: Wie gehen wir in Zukunft mit diesem Stadtgebiet um? – von den Gewaltexzessen abzutrennen.

Diese Dialoge werden also geführt, und ich bin gefragt worden, ob ich bereit bin, an solchen Dialogen teilzunehmen. – Ja, ich bin bereit, an solchen Dialogen teilzunehmen. Ich bin auch der Überzeugung, dass sie nicht von der Innenbehörde geführt oder koordiniert werden sollten, weil es eine Stadtentwicklungsfrage ist, die dort im Raum steht, die verschiedene Ressorts betrifft. Der Sicherheitsaspekt ist ein Aspekt davon, zugegeben, ein wichtiger Aspekt. Zu glauben, dass wir die Probleme in diesem Stadtgebiet mit Polizei allein lösen könnten, ist ein Irrtum, aber selbstverständlich wird sich die Innenbehörde an den Gesprächen beteiligen.

Ich werde allerdings nicht mit Gewalttätern sprechen. Ich sage das auch, weil ich in den vergangenen Tagen und Wochen unterwegs war und mit dem Polizeiabschnitt 51 gesprochen habe, vom Abschnittsleiter über die Dienstgruppenleiter bis hin zu den Polizistinnen und Polizisten, bis hin zu dem KOP, der im vergangenen Jahr dort überfallen wurde. Ich habe mit den einzelnen handelnden Personen gesprochen und mich, denke ich, umfassend informiert. Das Bild, das sich zeigt, ist, dass wir auf der einen Seite politische Aktivistinnen haben, mit denen diskutiert werden muss, dass wir Anwohnerinnen und Anwohner haben, mit denen wir sprechen müssen, denen wir auch eine Perspektive bieten müssen. Auf der anderen Seite haben wir brutale Gangster. Ich sage ganz ausdrücklich „brutale Gangster“, weil die Methoden, die dort angewandt werden, gar nicht anders genannt werden können. – Herr Wansner hat das richtigerweise ausgeführt. – Bei den Runden Tischen, bei den Dialogprozessen im Gebiet der Rigaer Straße werden wir Probleme haben, normale Anwohnerinnen und Anwohner an den Tisch zu bekommen, die sich dazu bekennen, dass sie in der Rigaer Straße Ruhe haben wollen. In der Vergangenheit ist es vorgekommen, dass man abends bei ihnen geklingelt und mitgeteilt hat: Wir wissen, in welchem Zimmer deine Kinder wohnen. – Wenn Sie die Rigaer Straße entlangfahren, sehen Sie die Einschüsse der Stahlwillen an den einzelnen Gebäuden und Fenstern. Das ist in keiner Weise politisch zu rechtfertigen. Das hat keinerlei Solidarität verdient. Das sind Gangstermethoden, und die müssen auch so genannt werden. Beides muss aber sauber auseinandergehalten werden. – Bei Letzteren mache ich mir übrigens auch keine Hoffnungen auf Gespräche oder Dialogprozesse. Da glaube ich, dass der Rechtsstaat mit vol-

ler Härte zuschlagen muss und dass es die Aufgabe der Polizei ist, dort Straftäter dingfest zu machen.

Fest steht: Gegen Straftäter, Menschen, die andere Menschen körperlich angreifen und fremdes Eigentum beschädigen, geht die Polizei konsequent vor. Dafür gibt es für den Friedrichshainer Nordkiez eine entsprechende Einsatzkonzeption der örtlich zuständigen Polizeidirektion 5. Richtig ist, dass seit September 2016 die Polizei die Maßnahmen und den Personalaufwand in diesem Bereich reduziert hatte, um damit eine Wiederherstellung – ich sage es einmal vorsichtig – normaler Verhältnisse zu unterstützen. – Festzustellen ist jedoch, dass die Gewalttäter im Bereich Rigaer Straße seit Jahresanfang 2017 organisierter agieren und die Auseinandersetzung mit der Polizei provozieren und geradezu suchen. Zum Herstellen normaler Verhältnisse und zu Dialogprozessen gehören immer zwei, und das ist hier nicht der Fall. Diese Bereitschaft ist nicht da; wir beobachten ein verstärktes Ansteigen linksextremistischer Gewalt.

Ich sagte eingangs: Die Rigaer Straße 94 ist ein Synonym für linksextremistische Auseinandersetzungen. Wir beobachten diese ansteigende linksextremistische Gewalt im Zusammenhang mit der Vorbereitung des G-20-Gipfels in Hamburg. Übrigens ist kein Punkt, der nur in der Rigaer Straße eskaliert. Wir hatten gerade vor Kurzem die Brandanschläge auf verschiedene Anlagen der Deutschen Bahn, bundesweit, mit den entsprechenden Bekennerschreiben auf „Indymedia“, die wir im Moment noch auf ihre Echtheit überprüfen. Es ist eben nicht nur eine Auseinandersetzung mit den Bewohnern der Rigaer Straße 94, sondern deutlich mehr, und so muss es an dieser Stelle auch von uns begriffen werden.

Das hat dazu geführt, dass wir in jüngster Zeit den Kräfteansatz der Polizei in diesem Bereich wieder erhöht haben. Darüber hinaus wird die Polizei auch in Zukunft abzuwägen haben, welche Maßnahmen zielführend und rechtlich zulässig sind und an welchen Stellen wir noch konsequenter vorgehen können und müssen, als es bisher der Fall war. – Für den 29. Juni 2017, also in wenigen Tagen, wird eine Entscheidung im Zivilrechtsverfahren bezüglich des Objektes Rigaer Straße 94 für die Räumlichkeiten der „Kadterschmiede“ erwartet. Wir werden sehen, wie dieses Zivilrechtsverfahren ausgeht und welche Schlussfolgerungen dann von dem Eigentümer gezogen und welche von der Polizei in der rechtlichen Folge umgesetzt werden müssen.

Ich bin nach wie vor davon überzeugt – ich habe das vorhin auch schon bekundet –, dass es richtig ist, dass wir weiterhin mit all denen sprechen, die ein Interesse daran haben, dass der Konflikt friedlich gelöst wird. Mit Gewalttätern ist allerdings nicht zu sprechen.

Jetzt sind die verschiedenen Möglichkeiten zu erörtern. Auch ich habe schon daran gedacht, eine Gefahrenabwehrverordnung zu erlassen – [Burkard Dregger (CDU): Bravo!] – Ja, warten Sie auf das Ergebnis! – und auf diese Art und Weise eine Befriedung in dem Bereich herbeizuführen. So einfach ist das aber nicht. Da wir uns selbstverständlich rechtskonform verhalten, müssen wir feststellen, dass für eine Gefahrenabwehrverordnung das Verhalten, das untersagt werden soll, typischerweise gefährlich sein muss. Das bloße Mitführen einer Eisenstange oder eines Pflastersteins ist das nicht. Das Strafrecht regelt in § 224 Strafgesetzbuch klar und mit Blick auf den Unrechtsgehalt des jeweiligen Verhaltens zutreffend, wann die Benutzung einer Eisenstange oder eines Pflastersteins untersagt ist und nicht nur mit einem Bußgeld, sondern strafrechtlich geahndet wird. Wir müssen rechtssicher handeln. Die ver-

schiedenen Vorschläge, die kommen, mögen aus der Erregung des Augenblicks in die Diskussion geworfen sein, man muss sie aber auch rechtssicher umsetzen können. Wir haben im vergangenen Jahr mehr als deutlich erlebt, was passiert, wenn wir unser Vorgehen nicht rechtlich absichern und dann mit gesenktem Kopf aus der Rigaer Straße abziehen müssen. Deswegen sage ich Ihnen, vor allen Dingen in Richtung der CDU: Diesen Triumph möchte ich den Linksextremisten nicht noch mal ermöglichen, dass wir rechtsunsicher handeln und dann mit gesenktem Kopf abziehen. Wenn wir handeln, handeln wir rechtssicher, aber auch mit dem deutlichen Ziel der Verbesserung der Sicherheitssituation vor Ort.

Im Ergebnis wird die nicht hinnehmbare Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten von mir nicht toleriert. Ich werde auch in Zukunft alle sich bietenden Ansätze zur Befriedung dieses Bereichs nutzen. Ein Ergebnis haben wir am vergangenen Wochenende gesehen: Die Polizei war mit starken Kräften sehr schnell vor Ort. Unmittelbar, nachdem sie gerufen wurde, war die Polizei mit einer Einsatzhundertschaft vor Ort und hat innerhalb kürzester Zeit für Ordnung gesorgt und deutlich gemacht, dass die Linksextremisten die Straße nicht beherrschen können. Sie waren in der Lage, eine Dreiviertelstunde Rabatz zu machen. Danach war die Polizei Herrin der Lage. Es gab entsprechende Festnahmen. Wir haben vier verletzte Polizisten, zum Glück nur leichtverletzte Polizisten, die ihren Dienst fortsetzen konnten. – Ich wünsche – ich habe das schon getan – den verletzten Polizisten auch an dieser Stelle gute Besserung. – Ich stelle noch mal fest, dass das Verhalten der Polizei und die Verstärkung der Einsatzkräfte dazu geführt haben, dass die Situation in kürzester Zeit unter Kontrolle kam. Wir werden jetzt in der Schlussfolgerung der bundesweiten Entwicklung, die wir beobachten, aber auch der sich vermehrenden Vorfälle vor Ort zu beurteilen haben, wie wir in den nächsten Tagen und Wochen dort weiter vorgehen. Gewalt wird an dieser Stelle nicht geduldet, und ich bitte Sie – ich habe das eingangs getan und tue es an dieser Stelle noch mal –, deutlich zu differenzieren zwischen dem notwendigen politischen Prozess, der zur Befriedung des Gebietes beitragen muss, der politischen Diskussion, die wir führen müssen, und der klaren Strafverfolgung, die erforderlich ist, um die Gewalttaten einzudämmen.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Senator! – Herr Woldeit, bitte!

Karsten Woldeit (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Eine kurze Frage: Haben wir zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll beantragt? – Nein! Können wir das im Nachgang noch machen? Das, was der Innensenator gerade von sich gegeben hat, muss ich noch mal nachlesen. Das war mitunter hochinteressant.

Vorsitzender Peter Trapp: Wird ein Wortprotokoll gewünscht? – [Karsten Woldeit (AfD): Ja, von mir!] – Es müssen natürlich alle zustimmen. – Es hat bis jetzt keiner dagegengeredet, dann sollten wir das Wortprotokoll zu diesem Tagesordnungspunkt beschließen. Schönen Dank! – [Karsten Woldeit (AfD): Herzlichen Dank!] – Herr Woldeit!

Karsten Woldeit (AfD): Es war auch hochinteressant zu bemerken, welche Mechanismen auf der mir gegenüberliegenden Seite auf einmal explodierten, als Herr Wansner vorhin das Wort ergriff. Es ist noch nicht mal möglich, dass ein Abgeordneter hier im Innenausschuss nach wiederholten unfassbaren Vorgängen eine berechtigte Kritik äußert und die entsprechenden Fragen an den Senat stellt. Auf einmal kommen fast schon – ich nenne es jetzt mal – Solidaritätsbekundungen sondergleichen für Extremisten. Ich nehme es so wahr. Wie gesagt, Sie können gern darauf Bezug nehmen. Da fehlen mir wirklich die Worte. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Nicht nur die Worte, Herr Kollege!] – Sondern? – Gut, wir sind nicht im Dialog! – [Burkard Dregger (CDU): Undiszipliniert!] – Selbstverständlich ist es so, dass wir auch eine Verantwortung der CDU und des ehemaligen Innensensors sehen, aber es ist ein Explodieren von Gewalt sondergleichen. Welche Aktivitäten schlimmsten Strafmaßes werden dort unternommen? Wenn ich mir überlege: Das zweite Mal in Folge wurden Piloten in einem Helikopter mit Laserpointern geblendet. Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: Diese Extremisten nehmen in Kauf, dass ein Hubschrauber in der Innenstadt abstürzt. Im Nachgang: Herr Innensenator, ich finde es gut, dass Sie bzw. die untergeordneten Behörden in der Lage sind, mit einer Einsatzhundertschaft dort hinzugehen, und in einer Dreiviertelstunde versuchen, diesen Umstand zu befrieden, aber die Straße sieht fast wie in Aleppo in Syrien aus. Wenn man sich die Bilder anguckt – das war unfassbar: Pflastersteine aus den Straßen gerissen und – –

Herr Senator, Sie sagen, Sie suchen den Dialog, aber auf keinen Fall mit Gewaltbereiten. Sie sprachen aber auch an, dass es mitunter eine hohe Solidarität von Anwohnern dieser Straße gibt, die applaudieren, wenn Polizeikräfte dort angegriffen werden. Wo ist denn die Grenze? Wo ist der gewaltbereite Chaot? Stille Solidarität durch applauspendende Anwohner – sind das noch Leute, mit denen Sie in den Dialog treten? – [Frank Zimmermann (SPD): Sie haben doch den Senator gehört!] –

Ich möchte noch einen interessanten Punkt ansprechen. Kollege Schreiber hatte einen Zehn-Punkte-Plan im Zusammenhang mit der Rigaer Straße aufgestellt. Da sind mitunter sehr interessante Dinge drin. Wird das innerhalb der SPD besprochen? Sind das Punkte, die auch in die Senatspolitik eingehen, oder ist das konträr zur Sicht eines SPD-Innenpolitikers? – [Frank Zimmermann (SPD): Machen Sie sich mal keine Sorgen um die SPD!] – Danke!

Vorsitzender Peter Trapp: Macht er ja auch nicht! – Schönen Dank! – Jetzt hat Herr Dr. Albers das Wort, und Sie können nachher antworten. – Bitte, Herr Dr. Albers! – [Zuruf von Kurt Wansner (CDU)] –

Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Vielen Dank! – Ich glaube, der Innensenator hat in den sieben oder acht Minuten, die er gesprochen hat, mehr Problembewusstsein gezeigt als sein Vorgänger in den fünf Jahren seiner Amtszeit. – Das ist das Erste.

Zweitens: Wir haben da ein Erbe übernommen, Herr Wansner! Das ist kein schönes Erbe, aber es ist in den fünf Jahren relativ wenig geschehen, um die tatsächlich vorhandenen Probleme dort – der Senator hat sie benannt – politisch zu wichten und politisch zu lösen. Das ist eine Aufgabe, die es geben muss und der wir uns auch stellen werden. Der Senator hat jetzt schon erste Ansätze dafür dargestellt.

Im Umfeld dieser politischen Probleme tummelt sich allerdings eine ganze Agenda von vermeintlich politischen Vollpfosten mit einer Kriminalität, bei der Sie immer so tun, als gäbe es hier irgendeine Sympathie dafür. Die gibt es nicht. Das sind kriminelle Straftäter, und diese kriminellen Straftäter gehören polizeilich verfolgt – Warum schütteln Sie den Kopf? Das ist so! – [Kurt Wansner (CDU): Ich werde es Ihnen gleich erklären!] – und für ihre Vergehen entsprechend in die Verantwortung genommen.

Das Problem ist – und deswegen gab es die Reaktionen vorhin –, dass Sie so tun, als sei das ein Problem von Rot-Rot-Grün oder eines, das erst unter Rot-Rot-Grün entstanden ist. Das ist nicht der Fall gewesen. Die Schlagzeilen verfolgen uns seit langer Zeit, und Sie haben in der Vergangenheit den Kopf so weit in den Sand gesteckt, dass man nicht mal mehr den Schwanz von der Ente gesehen hat. Jetzt ist das Problem so da, wie es ist, und jetzt kommt es in der Tat darauf an, für dieses Problem Lösungsansätze zu finden. Da gibt es Anwohner, die haben ein Problem, mit denen wird man reden, und da gibt es im Umfeld Verbrecher, die glauben, im Namen der Anwohner kriminelle Vorgehensweisen an den Tag legen zu können. Die werden nicht toleriert, und die sind nicht zu tolerieren. Wie oft wollen Sie das eigentlich noch hören? Hören Sie endlich auf, so zu tun, als gäbe es in diesem Parlament Sympathien für diese Art und Weise, politisch zu instrumentalisieren! Instrumentalisieren tun Sie, wenn Sie es immer wieder für die eigene Argumentation nutzen, und tut er es, wenn er es für seine Argumentation nutzt. Arbeiten Sie an Lösungen! Stellen Sie uns dar, was Sie in den letzten fünf Jahren an Lösungsansätzen hatten! Dann können wir weiterreden. – [Burkard Dregger (CDU): Das haben wir ja, Herr Kollege!] – Hören Sie endlich auf zu unterstellen, es gäbe es hier irgendjemanden, der das in irgendeiner Weise rechtfertigen würde! In diesem Parlament zumindest nicht. – [Beifall bei den GRÜNEN] –

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Albers! – Jetzt hat Frau Bayram das Wort.

Canan Bayram (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Es gab schon den einen oder anderen, der harte Forderungen nach harten Maßnahmen erhoben hat. Ich gehe davon aus, dass sich auch nach meinem Redebeitrag noch Kollegen finden, die noch schärfere Worte finden und noch schärfere Maßnahmen fordern. Das Problem, das ich sehe, ist, dass darin nicht wirklich eine Lösung liegt – wobei ich mich manchmal auch frage, inwieweit Leute sich tatsächlich ein Bild davon machen. Ich bin die meiste Zeit vor Ort – [Kurt Wansner (CDU): Das wissen wir!] –. Ich war manche Nächte bis 5 Uhr vor Ort und habe schon einen Einblick in die Situation – [Kurt Wansner (CDU): Stimmt!] –. Ich kann sagen, dass dieses: Mehr Polizei und noch härter vorgehen! –, was Sie fordern, dann durch Menschen in Uniform dort ausgehalten werden muss. Von hier, vom warmen Parlamentssitz aus kann man natürlich Truppen überallhin entsenden, es stellt sich aber die Frage: Ist das denn die Verantwortung der

Polizei? In dem Bereich, wo es strafrechtlich tatsächlich zu Straftaten kommt, gibt es da keinen Zweifel. Aber die Kraftmeierei, mit der dort von dem einen oder anderen Kollegen der Konflikt noch angefacht wird, führt doch eher zu einer Verschärfung der Spirale und nutzt praktisch überhaupt nichts. Dann sollte man sich noch mal klarmachen, dass dort im Nordkiez größtenteils ganz normale Menschen leben. Jedes Mal, wenn die Schlagzeilen wieder hochkochen, weil auch die Kollegen wieder krassere und noch krassere Forderungen erheben, kriege ich vom Niederrhein einen Anruf, ob es mir und meiner Tochter noch gut gehe, weil bei manchen der Eindruck entsteht, das sei ein – Sie haben es auch gesagt – Kriegsgebiet.

Ich weiß mal wieder nicht, Herr Wansner, mit welchem Anwohner Sie sich getroffen haben. Das erinnert mich ein bisschen daran, als uns der Polizeipräsident seinerzeit hier Ihren Anwohnerbrief vorgelesen hat. Ich weiß nicht, ich weiß nur, dass die Debatten im Innenausschuss, in denen der Innensenator angegriffen wird, der Polizeipräsident angegriffen wird, in denen man sich gegenseitig beschimpft, in all den Jahren, in denen wir das haben, bisher noch nicht zur Lösung des Konflikts beigetragen haben. Ich würde auch behaupten, dass es so leicht nicht ist. Deswegen ist es wichtig, dass wir, so wie der Senator es vorgeschlagen hat, die Mietenproblematik, die Gentrifizierungsproblematik – ich weiß gar nicht, ob wir in der dritten oder vierten Gentrifizierungswelle sind – tatsächlich mit den Menschen vor Ort diskutieren, damit sie den Eindruck bekommen: Die Politik interessiert sich für uns, und sie kümmert sich um uns. – Manche, bei denen hier alle ausschließen, mit ihnen zu reden, wollen auch nicht mit Ihnen reden. Da müssen wir uns jetzt nicht über Sachen unterhalten, die es überhaupt nicht gibt, die überhaupt nicht im Raum stehen. Das ist für mich eine Floskel, die habe ich hier schon so oft gehört, dass ich mich manchmal frage, warum man über Sachen reden muss, die nicht eintreten.

Wichtig ist, dass wir uns tatsächlich vor Ort kümmern, dass man bei jeder Polizeimaßnahme noch mal überlegt, ob sie zu einer Lösung führt und was man diesen Menschen in Uniform damit antut, wenn man sie so vorschiebt für Versäumnisse von Politik. Das, glaube ich, ist kein guter Weg. Deswegen wäre es wichtig, dass von der Senatsebene, so wie der Herr Senator es vorgeschlagen hat, von der zuständigen Stadtentwicklungssenatorin gemeinsam mit dem Bezirk angefangen wird, mit den Leuten vor Ort zu reden, damit wir an einem Strang ziehen können.

Bei dem anderen würde ich alle um ein Stück Mäßigung bitten; denn alles, was Sie hier in einem Überbietungswettbewerb an Forderungen in den Raum stellen, ist nicht erfüllbar und führt am Ende dazu, dass sich die Bevölkerung, wie es im letzten Jahr war, von den Polizeimaßnahmen irgendwann so genervt fühlt, dass es sich wieder ins Gegenteil verkehrt. – Von den rechtswidrigen Räumungen, die Henkel durchgeführt hat, will ich gar nicht mehr reden. Da finde ich es sehr gut, was Herr Geisel gesagt hat, nämlich dass er etwas erst prüft, bevor er gegen Gesetze verstößt; denn das sollten wir uns nicht noch mal erlauben.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Dann hat Herr Wansner das Wort!

Kurt Wansner (CDU): Frau Bayram, es würde mich immer reizen, auf Ihren so ausführlichen Redebeitrag zu antworten, aber ich habe gehört, dass Sie auf dem Bundesparteitag der Grünen formuliert haben: Wir müssen Positionspapiere entwickeln, dass sich die anderen Parteien vor uns fürchten. – Ich stelle langsam fest: Die Menschen in Friedrichshain-Kreuzberg

müssen sich vor Ihnen persönlich fürchten – [Lachen bei der LINKEN und den GRÜNEN] –, anders kann man das nach Ihrem Redebeitrag hier nicht formulieren.

Sie haben im Verfassungsschutzausschuss ganz deutlich gesagt: Henkel hat mit seiner Polizei diese Probleme dort vor Ort erst inszeniert. Hätte er mehr Polizei an den Breitscheidplatz gestellt, wäre der Anschlag nicht gekommen. – [Canan Bayram (GRÜNE): Habe ich nicht gesagt!] – Sie haben die Unverschämtheit besessen, den Anschlag mit den Problemen in der Rigaer Straße zu vermischen. Seien Sie nicht böse, damit haben Sie sich – für mich jedenfalls – politisch ins absolute Abseits gestellt. Mit Ihnen kann man, gerade nach dem Redebeitrag, nicht mehr diskutieren. – [Zuruf von Canan Bayram (GRÜNE)] – Ich erinnere an dieses Papier, das vor nicht allzu langer Zeit erschienen ist. Da gab es sehr massive Hinweise, wer an diesem Aktionspapier mitgearbeitet hat. Ich kann es leider nicht beweisen, sonst würde ich es Ihnen sagen. – [Canan Bayram (GRÜNE): Ich bitte darum!] –

Aber noch mal, Herr Innensenator: Sie haben genau den Fehler gemacht, den die Leute von Ihnen erwarten. Sie haben alles miteinander vermischt. Nehmen Sie es doch ganz einfach mal zur Kenntnis: Wir hier – fast alle – wollen uns mehr oder weniger mit den Schwerstkriminellen in diesem Bereich auseinandersetzen. Dass es Menschen gibt, die möglicherweise Angst um ihre Wohnungen haben – wissen Sie, das ist – wer in diesem Bezirk lebenslang arbeitet, weiß das – immer so gewesen. Menschen, die auch mal andere Strategien entwickeln, gab es schon immer. Gott sei Dank gab es die mal! Es gab in der Hausbesetzerzeit Leute, mit denen man sich sicherlich nicht politisch einig war, aber man war sich hinsichtlich deren Ziele einig. Das heißt, sie haben im Ansatz irgendetwas gewollt, was vielleicht auch städtepolitisch wichtig war. Was Sie heute in Friedrichshain-Kreuzberg haben, das sind Menschen, mit denen Sie noch nicht mal im Ansatz politisch reden können, das ist auch sinnlos, sondern es sind Menschen, die nur eins wollen: Gewalt, Gewalt gegen alles, was dort ist, Gewalt gegen Polizei, Gewalt gegen Fahrzeuge, Gewalt gegen Menschen, die um ihre Existenz kämpfen. Es werden – das sehen Sie auch in letzter Zeit – nicht die teuren Karossen angezündet, sondern es werden Karossen angezündet, mit denen möglicherweise die Mutter ihre drei Kinder am nächsten Tag in die Kita fahren will, und anschließend muss sie arbeiten gehen, weil sie um ihre Existenz kämpft. Lieber Herr Innensenator, darüber sollten wir uns jetzt endlich mal einig sein!

Zweitens: Ich habe oft genug an Diskussionsveranstaltungen zum Görlitzer Park, zum Lausitzer Platz etc. teilgenommen. Immer kamen Anwohner, die sich wirklich Mühe gegeben haben, für ihre Ansichten zu kämpfen. Die wurden niedergeschrien, die wurden angepöbelt, die wurden teilweise in den nächsten Tagen zu Hause besucht. Das heißt, in dem Bereich entwickelt sich, nicht nur in der Rigaer Straße, sondern auch in der Görlitzer Straße, in der Wrangelstraße – – In der Wrangelstraße gibt es zum Beispiel Steckbriefe, die an den Fensterläden und Laternen angebracht wurden, mit Menschen, die nicht so ticken, wie es diese linke Gewaltszene will. Seien wir uns doch mal einig, dass wir uns nur um eins bemühen: endlich diese Kriminellen – ich sage schon nicht mal mehr Linkskriminelle, das wäre schon fast eine Aufwertung für diese Typen –, die das durchsetzen wollen, was sie dort vor Ort praktizieren – – Deshalb kann ich Sie nur bitten, aus Ihrer Tauchstation herauszukommen und mit den Menschen zu reden, die dort vor Ort Angst um ihre Existenz, um ihre Kinder haben. Um diesen Fall haben Sie sich noch gar nicht bemüht.

Und wenn Frau Bayram hier erwähnt – da gehe ich noch mal zurück –, dass der Polizeipräsident – ich glaube, es war vor zwei, drei Jahren – mal einen Brief vorgelesen hat: Liebe Frau

Bayram, das war nicht der Polizeipräsident, das war ich, weil die in der ersten Etage liegende Wohnung eines Ehepaares in der Reichenberger Straße, wo er aus Israel und die Frau aus Russland kam, von Anwohnern angegriffen wurde. Es waren jüdische Mitbürger, die am Anfang dachten, dort seien Menschen gekommen, die sie wegen ihres Glaubens angegriffen haben, und dann mussten sie feststellen – dieser Brief ging berlinweit durch alle Gazetten –, dass sie die Schnauze vollhatten, weil insbesondere diese linke Szene skrupellos die Fenster in der ersten Etage eingeschmissen hat, obwohl erkennbar war, dass das ein Kinderzimmer war.

Und noch mal eins, Herr Innensenator! Ich habe meinen Bezirksverordneten im Bezirksparlament Friedrichshain-Kreuzberg letzte Woche Mittwoch gebeten, einen Antrag einzubringen, und dieser Antrag lautet: „Wer die Polizei angreift, greift uns alle an!“

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

– [Zuruf von Hakan Taş (LINKE)] –

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) verurteilt die Vortäuschung eines Notfalls und den darauf folgenden gezielt geplanten Angriff auf Polizeikräfte vom 27. Mai in der Rigaer Straße. Außerdem verurteilt die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) den in der folgenden Nacht, am 28. 5., erfolgten schweren Eingriff in den Straßenverkehr und den anschließenden wiederholten Angriff gegen die Polizeikräfte. Die Gewalt durch linke Autonome und deren Unterstützer dieser Szene

– [Zuruf von Hakan Taş (LINKE)] –

hat eine neue Stufe der Heimtücke und Brutalität erreicht, der dringend Einhalt geboten werden muss.

Wenn Sie sich jetzt vorstellen, dass diese BVV den Antrag beschlossen hätte oder ihn durchgegangen wäre – nein, haben sie nicht. Sogar Sozialdemokraten haben die Ablehnung dieses Antrags damit begründet, dass man erst noch mal über die Gentrifizierung reden müsse. Das heißt, hier bringt man zwei, drei Dinge völlig durcheinander. Ich sage es noch mal mit aller Deutlichkeit, Herr Innensenator: Sie haben einen großen Vorteil ihren Vorgängern gegenüber, einen riesigen Vorteil – [Canan Bayram (GRÜNE): Jetzt kommt's!] –: Sie haben die, die Henkel immer angegriffen haben, auf Ihrer Seite, und Sie haben hier eine Opposition zu sitzen, die Sie immer dann unterstützt, wenn Sie für die Rechte der Menschen in dieser Stadt eintreten. – [Zuruf von Tom Schreiber (SPD)] – So leicht hatte es eigentlich noch keiner, aber Sie müssen endlich mal politisch aktiv werden und sich vielleicht ein bisschen mehr in Ihren eigenen Kreisen durchsetzen. Die Menschen vor Ort – glauben Sie es mir; ich wiederhole es – verlangen es von Ihnen, denn sonst kriegen Sie irgendwann mal Besuch in Ihrem Hause, wo man sagt: So nicht mit uns, Herr Innensenator! – [Canan Bayram (GRÜNE): Ist das jetzt eine Drohung?] –

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte, Herr Luthe, jetzt haben Sie das Wort!

Marcel Luthe (FDP): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Senator und insbesondere Herr Wansner! Ich weiß gar nicht, was mich mehr erstaunt, die Position des Innensensors

oder die Position der CDU, die anscheinend gerade erst neu entstanden ist. – [Kurt Wansner (CDU): Dann halten Sie den Mund! – Heiterkeit bei der LINKEN und den GRÜNEN – Hakan Taş (LINKE): Benehmen können Sie sich, Herr Wansner, nicht?] – An Benehmen fehlte es Ihnen schon immer.

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte, Herr Wansner, mäßigen Sie sich!

Marcel Luthe (FDP): Sie hatten fünf Jahre Zeit, dieses Thema anzugehen, und zwar mit sämtlichen zuständigen Senatsverwaltungen. Das Ergebnis haben wir gesehen. Insofern halte ich Ihre Vorschläge hier für nicht ernst gemeint, sonst hätte man das Problem in der Verantwortung der CDU lösen können.

Was mich allerdings auch überrascht und was ich auch als nicht ernst gemeint empfinde, sind die Ausführungen des Innensensors, beginnend mit dem Begriff des Extremismustourismus. Wenn Sie sagen, da hielten sich Leute in der Rigaer Straße auf, die aus anderen Bundesländern kämen – jedenfalls seien sie da gemeldet –, und im gleichen Atemzug: Mensch, da gibt es sechs besetzte Wohnungen im Hinterhof des Hauses Rigaer Straße – – [Canan Bayram (GRÜNE): Nein, nicht besetzt. Die sind vermietet und nicht besetzt! Das hat er gesagt! – Burkard Dregger (CDU): Lasst doch den Luthe reden!] – Die sind nicht vermietet, und dementsprechend sind sie besetzt für mich, liebe Frau Bayram. – Entscheidend ist Folgendes – und das war der bemerkenswerte Satz –: Sie sagten, Sie kommen an dem Hoftor nicht vorbei, weil Sie Rechtssicherheit wollen – im Übrigen ein Zustand, der jetzt seit gut 20 Jahren anhält, bei dem man im Interesse der Anwohner vielleicht auch mal etwas schneller arbeiten könnte, um eine Lösung zu finden. Wenn Sie in § 36 ASOG schauen, dann haben Sie selbstverständlich die Möglichkeit, die Polizei flüchtige Straftäter, die vorher einen Stein geworfen haben, auch durch ein verschlossenes Hoftor verfolgen zu lassen. Das ist selbstverständlich möglich. Insofern wäre ich Ihnen dankbar für eine Erklärung, warum das nicht passiert. Wir haben auch an anderen Stellen schon gute Anregungen dahingehend gehört, zumindest eine Dauerpräsenz der Polizei in der Rigaer Straße sicherzustellen, um einfach den Anwohnern zu vermitteln, dass es in der Rigaer Straße keinen rechtsfreien Raum mehr gibt – vielleicht noch an anderen Stellen in Berlin, aber dort jedenfalls nicht mehr – und man Sicherheit für sich selbst, sein Eigentum und seine Kinder hat. Es ist doch eine Kapitulationserklärung, wenn Sie sagen: Da fällt uns nichts ein, die können wir leider nicht verfolgen, die verschwinden immer in das Haus. – Na, dann – wie gesagt, § 36 ASOG schafft jede Rechtsgrundlage – eifrig hinterher und die Verdächtigen verhaften! Danach kann man mal schauen, ob man nicht mit einem konsequenten Auftreten – nicht mit einer Übereskalation und Schnellschüssen, wie das bei Herrn Henkel der Fall war, aber mit einer gezielten Maßnahme unter Nutzung dessen, was rechtlich möglich ist – schnell die Situation befrieden kann und nicht erst ein halbes Jahr einen Arbeitskreis bildet. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte, Herr Zimmermann!

Frank Zimmermann (SPD): Vielen Dank! – Es ist einerseits so viel aufgelaufen, andererseits ist keine Zeit mehr, deswegen muss ich mich extrem kurz fassen. Erstens: Zum ersten Mal haben wir hier von einem Innensensor eine differenzierte und der Gefahrenlage angemessene Würdigung der verschiedenen Aspekte von Konflikten gehört. Es verdient unsere Hochachtung, dass wir hier endlich mal die verschiedenen stadtentwicklungspolitischen, sozialen, innenpolitischen und anderen Aspekte auseinanderhalten und nicht alles vermengen. –

Herr Wansner! Sie wollen nur das eine, wie Sie eben noch mal gesagt haben. Wird nur nicht gelingen, das haben wir schon gesehen. Wir haben endlich mal eine Gesamtschau dieser Konfliktlage, um sie dann auch angemessen, dauerhaft möglicherweise, eindämmen zu können. Das ist das Erste, was hier qualitativ anders ist.

Das Zweite ist: Wir sollten aufhören, uns gegenseitig mit Bekenntnissen zu bewerfen. Das bringt überhaupt nichts. Wer ist hier der größte Bekämpfer von irgendwas, oder wer fällt dahinter zurück? Das bringt gar nichts, das will auch kein Mensch in der Öffentlichkeit hören, sondern die Leute wollen gucken, ob wir uns um sinnvolle, handhabbare, praktikable Konzepte kümmern und die besten Konzepte entwickeln. Das wollen die Leute hören, und da habe ich aus diesem Kreis hier außer von der Senatsbank bisher herzlich wenig gehört.

Drittens: Wir sollten uns davor hüten, so zu tun, als würden wir hier im Innenausschuss Truppen entsenden – ich habe irgendwo so ein Stichwort gehört –, oder so zu tun, als würden wir entscheiden, wie die Einsatzkonzeption, eine taktische Maßnahme, irgendein Vorgehen der Polizei besser oder schlechter oder anders aussehen müssen, weil wir das kraft unserer besonderen Besserwisserei wissen und die Polizei es schlechter weiß. Das halte ich für ein ganz falsches Vorgehen. Es bleibt der Einsatzkonzeption der Polizei vorbehalten zu entscheiden, was da sinnvoll ist, und wir können diskutieren, ob wir Grundsätze verletzt sehen, aber wir sollten hier nicht versuchen, der Polizei zu sagen, wie sie vorzugehen hat. Sie hat nach dem Legalitätsprinzip vorzugehen, ansonsten verhältnismäßig, und dazu hat der Senator das Nötige gesagt.

Allerletzte Bemerkung: Wenn wir hier von einem Problem, das natürlich virulent ist, sprechen, sollten wir nicht so tun, als sei das vor gerade mal drei Wochen oder drei Monaten oder einem halben Jahr entstanden. Das wird wohl keiner ernsthaft behaupten können. – [Burkard Dregger (CDU): Tut ja auch keiner!] – danke! –, sondern das ist ein älteres Problem. Ich will nicht alles wieder aufwärmen, was wir hier in den Jahren vorher schon lange diskutiert haben. Da ist manches – um nicht zu sagen, relativ viel – schiefgelaufen, lieber Herr Wansner; da können Sie sich nicht rausstehlen! Wir müssen jetzt mal gemeinsam gucken, und da hat der Senator die Linie richtig vorgegeben. Der sollten wir folgen. – Danke schön!

Vorsitzender Peter Trapp: Herr Taş!

Hakan Taş (LINKE): Danke, Herr Vorsitzender! – Zu versuchen, Menschen, die friedlich gegen Gentrifizierung und Mietpreissteigerungen protestieren, zu kriminalisieren, ist nicht hinnehmbar, und Anwohner der Rigaer Straße insgesamt unter Generalverdacht zu stellen, auch nicht.

Herr Wansner! Sie haben in den letzten fünf Jahren, wie wir heute gemeinsam feststellen können, anscheinend nichts dazugelernt und merken nicht, dass wir allein damit, ständig den Polizeidruck zu erhöhen, weder die Probleme in der Rigaer Straße noch anderswo in der Stadt lösen können. Fünf Jahre waren Sie für die Sicherheit in der Stadt verantwortlich, und der Sicherheitssheriff Henkel hat in den letzten fünf Jahren, in denen er dafür verantwortlich war, weder sicherheitspolitisch in der Stadt etwas bewegt, noch etwas für die Sicherheit in der Stadt getan außer einer „Wahlkampfveranstaltung“ mit 600 Beamtinnen und Beamten, also auf dem Rücken der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Insofern sind die Vorschläge von Innensenator Geisel, die heute gemacht worden sind, wichtig und unterstützenswert.

Es wird unterschiedliche Dialogrunden geben, die aus meiner Sicht in die richtige Richtung gehen. Unterschiedliche Senatsverwaltungen werden daran beteiligt, der Bezirk wird mit einbezogen, und das ist, denke ich, auch sinnvoll. Darüber hinaus hat der Innensenator heute noch mal bekräftigt, dass er selbst auch an möglichen Gesprächen teilnehmen wird.

Sympathien hat es – zumindest seitdem diese Koalition im Amt ist – noch nie für Gewalttaten oder für Gewalttäter gegeben und wird es in der Koalition auch in Zukunft nicht geben, aber Gespräche wird es mit allen geben, die diese Gespräche in der Stadt nicht ablehnen, die zu Lösungen beitragen wollen, und daran werden wir alle gemeinsam arbeiten.

Die CDU hat einen ähnlichen Vorschlag. In den letzten fünf Jahren haben Sie in diese Richtung keine Schritte gewagt, aber nun haben Sie glücklicherweise am Wochenende zumindest einen Beschluss hinbekommen, dass Sie auch mit den Anständigen – – Anständig sind alle Menschen, die die Gespräche nicht ablehnen, die sich an den Gesprächen beteiligen wollen, und Sie können sich auch gerne an solchen Gesprächen beteiligen. Sie sind zumindest dazu eingeladen!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Taş! – Der Letzte in der Rederunde ist Herr Dregger. – Bitte!

Burkard Dregger (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte drei Punkte nennen. Erstens: Inwieweit die Versuche der Vergangenheit rechtswidrig oder rechtmäßig waren, entscheiden nicht wir, sondern das Verwaltungsgericht. – [Zurufe von der LINKEN und den GRÜNEN] – Sie können nicht einen Satz abwarten und zuhören! Hören Sie doch mal zu, ich habe doch auch die ganze Zeit zugehört! – Darüber wird ein Verwaltungsrechtsstreit geführt. Nach meinem Eindruck wird er die Rechtmäßigkeit des Einsatzes bestätigen. Wir werden das sehen. – [Zurufe von Hakan Taş (LINKE) und Canan Bayram (GRÜNE)] –

Das war unsere Vergangenheit. Jetzt gucken wir aber in die Zukunft. Sicherheitspolitik der Linkskoalition, die sich darauf beschränkt, untätig zu bleiben, weil man meint, in der Vergangenheit hätte nichts funktioniert, ist unverantwortlich. – [Zuruf von Hakan Taş (LINKE)] – Jetzt seien Sie doch mal still! – Herr Vorsitzender, bitte greifen Sie ein – sonst schmeißen Sie ihn raus!

Vorsitzender Peter Trapp: Tun Sie mir den Gefallen! Bitte!

Burkard Dregger (CDU): Sicherheitspolitik, die sich darauf beschränkt, in die Vergangenheit zu sehen, ist unverantwortlich, und Sicherheitspolitik, die darauf gezielt ist, konkrete Vorschläge ungeprüft zu kritisieren und zu vernichten, ist auch unverantwortlich. Aber darauf haben sich Ihre gesamten Beiträge zu diesem Tagesordnungspunkt beschränkt. Das ist ein völliges Versagen in einer ganz entscheidenden sicherheitspolitischen Frage in unserer Stadt. – [Zurufe von Hakan Taş (LINKE) und Canan Bayram (GRÜNE)] – Ich merke, dass Sie immer noch nicht zuhören. – Wenn es zutrifft, dass Sie alle kein Problem damit haben, linke Gewalt zu verurteilen, dann frage ich Sie, warum Sie sich weder am 1. Mai noch im Januar noch bei all unseren anderen Vorschlägen eines parlamentarischen Entschließungsantrages angeschlossen haben, ja, nicht einmal bereit waren, inhaltlich mit uns darüber zu diskutieren.

Ich darf Ihnen noch einen Punkt dazu sagen: Die Polizeigewerkschaften und Interessenvertreter der Polizeibeamten erwarten genau das von uns allen: eine einstimmige Entschließung dieses Hauses auch gegen linke Gewalt, genauso wie gegen Formen der Gewalt aus anderen politischen Richtungen. Die vermissen das. Da Sie dort offenbar keinen Kontakt pflegen, wissen Sie das auch nicht! – [Zuruf von Hakan Taş (LINKE)] – Sie reden schon wieder dazwischen!

Nächster Punkt: Es gibt in Berlin aufgrund Ihrer Geisteshaltung keinerlei Präventionsprogramme gegen linke Gewalt. Es gibt sie gegen rechte Gewalt – zu Recht –, es gibt sie inzwischen auch gegen Islamismus – zu Recht –, aber es gibt sie nicht gegen linke Gewalt. Es hat nur einen einzigen Grund, dass alle parlamentarischen Initiativen der Union zu dieser Frage von Ihnen abgebugelt worden sind: weil Sie nicht bereit waren, sich damit konstruktiv auseinanderzusetzen. Deswegen haben wir uns als CDU Berlin in den letzten Tagen ernsthaft mit dem Thema auseinandergesetzt. Wir haben uns inhaltlich damit auseinandergesetzt. Wir haben uns nicht darauf beschränkt zu bejammern, wie schlimm die Lage ist, sondern wir haben in unserem Aktionsplan gegen linke Gewalt 16 konkrete Vorschläge erarbeitet und vorgestellt. Ich darf Ihnen sagen: Wir tun das – im Gegensatz zu Ihnen – nicht im luftleeren Raum, sondern wir tun das in enger Abstimmung mit denjenigen, die die Interessen der Polizeibeamten vertreten und die Kompetenz in diesen Fragen haben. Sie können davon ausgehen, dass das dort überwiegend auf Zustimmung stößt.

Ich freue mich deswegen, dass auch der Herr Innensenator heute angedeutet hat, dass er sich inhaltlich mit einigen unserer Vorschläge beschäftigt hat, zum Beispiel mit der Gefahrenabwehrverordnung – einer der 16 Vorschläge aus unserem Aktionsplan gegen linke Gewalt. – [Frank Zimmermann (SPD): Hat er von sich aus gemacht!] – Ich begrüße das, denn Ihre erste Reaktion, als wir das Papier erarbeitet haben, war so wie bei den Kollegen der Linksfraktion: sich innerlich nicht damit auseinanderzusetzen, sondern den Eindruck zu erwecken, die CDU habe kein Recht, sich mit dem Thema zu beschäftigen, weil es in den fünf Jahren der Vergangenheit angeblich keine positiven Entwicklungen gegeben hat. Das ist doch eine absurde Argumentation! – [Zuruf von Hakan Taş (LINKE)] – Sie reden schon wieder dazwischen! Sie können es nicht ertragen, dass man Ihnen die Wahrheit erzählt!

Vorsitzender Peter Trapp: Werter Herr Taş! Das Wort hat Herr Dregger!

Burkard Dregger (CDU): Wir können doch nicht sagen: Weil die Dinge in der Vergangenheit angeblich nicht funktioniert haben, beschäftigen wir uns in der Zukunft nicht damit. – [Hakan Taş (LINKE): Geben Sie zu, dass es nicht funktioniert hat?] – Also müssen Sie es ertragen, dass wir uns inhaltlich damit beschäftigen und Ihnen diese Vorschläge vorlegen, und dazu gehören auch die Gespräche – die sich scheinbar auch als Konsens abzeichnen – auf lokaler Ebene als Bündnisse der Anständigen gegen die Gewalttäter, die dort auszugrenzen sind, aber dazu gehören auch Aussteigerprogramme für linke Gewalttäter genauso wie die Schaffung von Präventionsprogrammen, die es bisher nicht gibt. Beschäftigen wir uns doch mal damit! Bügeln Sie es doch nicht gleich ab! Sie haben heute überhaupt keinen einzigen Vorschlag unterbreitet, außer Gesprächsrunden, wo man sich an der Hand fasst und Wattebäuschchen wirft. Wir haben weitergehende Vorschläge zum Thema Gefahrenabwehr. – [Hakan Taş (LINKE): Sie werfen mit Bauklötzen!] – Ich würde darum bitten, dass er jetzt einen Ordnungsruf bekommt!

Vorsitzender Peter Trapp: Ja, ein verschärfter Ordnungsruf! Wenn Sie sich freundlicherweise – – Bitte, Herr Dregger! – [Zuruf von Hakan Taş (LINKE)] –

Burkard Dregger (CDU): Es geht uns – darüber hinaus – neben den Präventionsansätzen, die wichtig sind, auch darum, dass wir die Polizei mit den rechtlichen Befugnissen ausstatten, die notwendig sind, um Erfolge herbeizuführen. – [Kurt Wansner (CDU): Herzlichen Glückwunsch, Herr Zimmermann!] – Dazu schlagen wir vor, dass auch Gefährderdateien für linke Gewalttäter erstellt werden – [Benedikt Lux (GRÜNE): Gibt's doch!] –, in denen die notwendigen Informationen zusammengetragen werden, so wie es sie auch für die anderen gibt, und dass wir es auch auf Bundesebene in einer Verbunddatei Linksextremismus tun. – [Zuruf von Canan Bayram (GRÜNE)] – Die Gefahrenabwehrverordnungen sind ein wichtiger Baustein, und ich begrüße es, wenn Sie das vonseiten der Senatsverwaltung näher prüfen, denn wir mussten am Wochenende wieder erleben, dass Polizeibeamte im Einsatz mit einem Hagel von Pflastersteinen in Empfang genommen worden sind. Ich denke, hier müssen wir präventiv im Sinne der Gefahrenabwehr auch versuchen, dem durch Gefahrenabwehrverordnungen vorzubeugen. Dazu haben wir konkrete Vorschläge erarbeitet.

Dazu gehört auch die Videoüberwachung. Das ist ein Kriminalitätsschwerpunkt, ein kriminalitätsbelasteter Ort, wie wir seit Kurzem aufgrund der Veröffentlichung wissen, und es ist notwendig, die Polizei zu ermächtigen, sich auch dieses Ermittlungsmittels zu bedienen, was derzeit nicht der Fall ist. Das ist unverantwortlich, denn es kommt darauf an, derartige Straftä-

ter auch zu überführen, und wenn die Strafe der Tat auf dem Fuße folgt – wenn die Strafe überhaupt erfolgt –, dann ist das ein wichtiger Punkt, den wir nicht vernachlässigen dürfen.

Viele andere Vorschläge haben wir gemacht, auch zum Bereich der Strafverfolgung. Wir können uns gut vorstellen, dass man auch Sonderzuständigkeiten bei LKA und Staatsanwaltschaft schafft, um dort die Kompetenz zusammenzutragen, sich mit dem linksextremistischen Phänomen zu beschäftigen und dafür zu sorgen, dass die Erkenntnisse auch zu Verhaftungen und Verurteilungen führen können, und das möglichst zeitnah. Wir können uns vorstellen, dass wir durch eine Bundesratsinitiative die Voraussetzungen für eine Untersuchungshaft bei Wiederholungstaten, bei Angriffen gegen Vollstreckungsbeamtinnen und -beamte und ähnlichen Delikten erleichtern. Und wir halten es für notwendig, dass wir die Nebenfolgen prüfen. Es kann nicht sein, dass Straftäter, die in der Rigaer Straße oder anderswo auftreten, waffenbesitzberechtigt sind. Das muss automatisch geprüft werden. Und es muss geprüft werden, ob es gewerberechtliche Möglichkeiten gibt, gegen sie vorzugehen.

Ich möchte das noch mal zusammenfassen, denn Sie haben alle lange geredet, aber nichts vorgeschlagen: Wir haben hier 16 konkrete Vorschläge unterbreitet, und ich würde von Ihnen erwarten, dass Sie sich, statt zehn Mal dazwischenzuquatschen, inhaltlich damit auseinandersetzen. Wir lassen uns auch gerne überzeugen, wenn Vorschläge möglicherweise doch nicht zu verfolgen sind. Aber wir haben jetzt den inhaltlichen Aufschlag gemacht, und wir erwarten jetzt von Ihnen im Rahmen Ihrer Pflichterfüllung als Abgeordnete – und das gilt auch für den Senator und die Führung der Senatsinnenverwaltung –, sich inhaltlich damit zu beschäftigen; denn es muss unser Ziel sein, nicht nur Luft abzusondern, sondern es zu schaffen, dass diese linke Gewalt gestoppt wird, und, wenn sie stattfindet, unverzüglich zur Verurteilung führt! – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt!

Punkt 5 der Tagesordnung – neu –

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Vorgehen gegen die eigenen Beamten II:
Verjährungseinrede des Senats gegenüber Berliner
Feuerwehrlern und Ankündigung von
Disziplinarmaßnahmen durch den
Landesbranddirektor**
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

[0080](#)
InnSichO

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung – alt 2 –

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/0179
**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die
Anwendung unmittelbaren Zwanges bei der
Ausübung öffentlicher Gewalt durch
Vollzugsbeamte des Landes Berlin (UZwG Bln)**

[0048](#)
InnSichO

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung – alt 3 –

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Cybercrime & Web 2.0 – Herausforderungen für die
Polizei**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0024](#)
InnSichO

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 8 der Tagesordnung – alt 4 –

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/0297
**Wer bewacht die Wächter? – keine Ausnahmen für
vorbestraftes Sicherheitspersonal in der Berliner
Gastronomie**

[0071](#)
InnSichO
Haupt
WiEnBe(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 9 der Tagesordnung – alt 5 –

Besondere Vorkommnisse

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 10 der Tagesordnung – alt 6 –

Verschiedenes

Siehe Inhaltsprotokoll.